



Keine alternative Vaterlandsverteidigung! Klassenkrieg gegen imperialistischen Krieg!



Karl Liebknecht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Der wütende Antisowjetismus von Reagan und Haig hat die Kriegsgefahr verstärkt. Nicht mehr „Entspannungspolitik“, sondern „Sicherheitspolitik“ heißt die neue Losung. Die von Bundeskanzler Schmidt im Zuge der SALT-Verhandlungen „entdeckte“ Raketenlücke in Westeuropa soll nach dem Willen der NATO durch die Schaffung einer nuklearen „Erstschlagkapazität“ gegen die Sowjetunion „gestopft“ werden, und zwar soll der Löwenanteil der Raketenaufrüstung in Westdeutschland installiert werden, also gleich auf dem Boden des voraussichtlichen atomaren Schlachtfeldes. Der *stern* schätzt die Zahl der nuklearen Sprengkörper in Westdeutschland auf fünf- bis zehntausend – und dazu sollen die Pershing-II-Raketen mit ihrer Reichweite von 2500 Kilometern und die Marschflugkörper Cruise missile kommen. Westdeutschland ist längst schon „das Gebiet mit der größten Atomwaffendichte auf Erden“ (*stern*, „Atom-Rampe Deutschland“, 19. Februar).

So ist es kein Wunder, daß die Reagan-Jahre in Westdeutschland und Westberlin gewissermaßen Anti-Reagan-Jahre sind. Kriegsfurcht beherrscht das soziale und politische Leben. Das Wiederaufkommen von Ostermärschen und Anti-NATO-Demonstrationen zeugen von einer neuen Friedensbewegung, die allerdings nicht einen revolutionären antimilitaristischen Charakter hat, sondern die „Nachrüstung“ kritisiert (eine Verschleierung des nackten Tatbestands forcierter imperialistischer Aufrüstung), Neutralitätssillusionen von einer „Blockfreiheit“ nachhängt und über „alternative“ Verteidigung grübelt. Fast könnte man glauben, die Diskussionen, wie „der Friede zu sichern“ sei, fänden in einem Land der Dritten Welt statt, das als Opfer zwischen den Querelen boshafter Supermächte zerrieben werden soll. So solidarisiert sich der Juso-Bundesausschuß mit General a. D. Gert Bastian:

„Die Jusos stimmen Bastian auch zu, wenn er schreibt, daß es unserer Sicherheit nicht dient, wenn auf das törichte

Rüstungsverhalten des Ostens in noch denklicherer Weise geantwortet wird.“

So fehlt es nicht an Appellen, die „europäischen Interessen“ gegen die USA und – je nach Standpunkt – auch gegen die Sowjetunion durchzusetzen und an Vorschlägen an die eigene Bourgeoisie, wie eine „besonnene“ nationale Verteidigung zu gewährleisten sei. In Wirklichkeit jedoch wird mit all der Beschwörung der deutschen nationalen Interessen nur die Stellung der westdeutschen Bourgeoisie gestärkt und eine chauvinistische Ideologie gefördert, die zur Kriegsvorbereitung notwendig ist. Denn ob von „Rüstungsbeschränkung“ oder „alternativer Volksbewaffnung“ die Rede ist, verschleiert wird, daß der westdeutsche Imperialismus neben den USA und Japan zu den wirtschaftlich dominierenden kapitalistischen Mächten zählt und bereits bis an die Zähne bewaffnet ist.

SPD „integriert“ für Aufrüstung

Die Reagan-Jahre haben auch in der SPD ihre Spuren hinterlassen. Schmidt hatte seinen Wahlsieg zu einem bedeutenden Teil dem Posieren als „Friedenskanzler“ zu danken. Nun muß er in seiner Partei mit stärker werdenden pazifistischen Stimmungen kämpfen. Beispielsweise stimmte der Landesparteitag der baden-württembergischen SPD mit 80prozentiger Mehrheit am 3. Mai einem Antrag des Landesparteivorstandes (geführt von dem scheidenden Vorsitzenden Eppler) zu, in dem die sofortige Aufnahme konkreter Abrüstungsverhandlungen zwi-

schen Ost und West ohne Vorbedingung gefordert wird: „Wir werden uns an einer Politik, die auf überlegene militärische Stärke abzielt, nicht beteiligen, auch nicht durch die Bereitstellung deutschen Territoriums für die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Mai) Ob Schmidt für den NATO-Doppelbeschluß, der Aufrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen bei gleichzeitigem Angebot von Abrüstungsverhandlungen vorsieht, auf dem nächsten SPD-Bundesparteitag eine Mehrheit bekommt, ist recht fraglich.

Eine SPD als Oppositionspartei hätte keine Schwierigkeiten, sich insgesamt als Hüter des Friedens und der nationalen Belange aufzuspielen und die aufkommende Friedensbewegung zu integrieren. Eine Regierungspartei dagegen trägt die direkte Verantwortung für die Interessen der Bourgeoisie.

Wenngleich die Interessen der europäischen imperialistischen Mächte und die des US-Imperialismus besonders im Vorgehen gegen den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion nicht identisch sind, schwindet der Spielraum für eine „Détente“-Politik, die gegen eine militärische Roll-back-Strategie auf Mannesmann-Röhren-Geschäfte setzt, auf ein „Aufkaufen“ der Staaten des Warschauer Pakts. Wäre Reagans Provokation gegen die Sowjetunion erfolgreich und intervenierte diese militärisch in Polen, so wäre der „deutschen Ostpolitik“ der Boden vollends entzogen. Die NATO-Aufrüstung ist neben der Frage, wie in der Zeit der wirtschaftlichen Rezession am Sterbebett des Kapitalismus am besten herumgedoktert werden soll, zu der entscheidenden Zerreißprobe für die SPD

geworden.

Trotz der Schwierigkeiten in den eigenen Reihen ist die SPD gezwungen, um Einfluß in der Friedensbewegung zu kämpfen und sich um deren Kontrolle zu bemühen. Peter Glotz, neuer Bundesgeschäftsführer der SPD, fordert im *Sozialdemokratischen Pressedienst*

„... die Entwicklung von Dialogmöglichkeiten mit den Befürwortern einer ‚alternativen‘ Sicherheitspolitik... Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, soweit sie nicht durch einseitige Interessenvorschaltung auf einem Auge blind ist, stellt an die SPD ähnliche Anforderungen der Integrationsbemühung, wie es Ende der 60er Jahre bei der antiautoritären Bewegung der Fall war.“

Arbeitsteilig entwickelt Karsten Voigt, „linker“ Karriereleiter und Bundestagsabgeordneter der SPD, die Theorie, mit der die Linke für den SPD/FDP-Aufrüstungskurs eingefangen werden soll. Breiter Raum wird ihm über drei Ausgaben des *Vorwärts* dafür gewährt zu überlegen, ob denn „Nachrüstung“ nach der US-Weigerung, SALT II zu ratifizieren, noch sinnvoll sei, ob eurostrategische Waffen gegen die sowjetischen SS 20 „nötig“ seien, um zu dem Entschluß zu gelangen: „... daß Abschreckung nur dann als glaubwürdig gilt, wenn die Streitkräfte in der Lage sind, eine angedrohte Vergeltung auch tatsächlich zu verwirklichen.“ (*Vorwärts*, 23. April) Ein Glück für die Bourgeoisie, daß es Leute wie Karsten Voigt gibt, die so „abgewogen“ die Vergrößerung des imperialistischen Mordarsenals begründen können!

Karsten Voigt war neben Peter Glotz, Günther Gaus und Horst Ehmke auch einer der Dialogsuchenden auf dem Westberliner Juso-Kongreß „Berlin am Tropf“, wo die SPD einige der Proteststimmen für die „Alternativen“ in der anstehenden Wahl zurückzugewinnen hoffte, und auch hier war „Frieden“ zum beherrschenden Thema geworden.
Fortgesetzt auf Seite 5

**Nicaragua auf Messers
Schneide ... Seite 6**

Nachdem die SPD in Westberlin fast ununterbrochen 35 Jahre lang regiert hat, erhielt sie jetzt bei den Wahlen die Quittung für den – in Westberlin besonders offen demonstrierten – Bankrott ihrer reformistischen Politik. Die AL wird jetzt im Abgeordnetenhaus ihren parlamentarischen Kretinismus und ihre kleinbürgerliche Perspektivlosigkeit deutlicher als je zuvor unter Beweis stellen. – Das im folgenden abgedruckte Flugblatt wurde von der TLD auf dem von den Jusos initiierten Kongreß „Berlin am Tropf?“ am 24./25. April verteilt.

Mietwucher, Ausländerhetze, Polizeiknüppel und zunehmende Arbeitslosigkeit beherrschen das Stadtbild im „Schaufenster des Westens“. Westberlin ist der Inbegriff der Perspektivlosigkeit für die No-Future-Generation, die mit ihren „alternativen Lebensformen“ sehr schnell an die Grenzen stößt, die ihr der bürgerliche Staatsapparat setzt. Denn Westberlin ist eine künstlich aufrechterhaltene Halbstadt, von der BRD durch kräftige Subventionen im Kreislauf des kapitalistischen Privateigentums gehalten; eine NATO-Frontstadt, ein Brückenkopf im Kampf für das strategische Ziel der westdeutschen Bourgeoisie, die DDR für den Kapitalismus zurückzuerobern und ihre Klauen nach Osteuropa auszustrecken. Und während die zunehmende Kriegsgefahr mit Reagans antisowjetischem Wahnsinn droht, die Welt in ein Trümmerfeld zu verwandeln, rufen Jusos und SPD dazu auf, dieses verrottete kapitalistische System unter allen Umständen zu erhalten und die NATO-Insel für die Bourgeoisie wieder regierungsfähig zu machen. Selbst die von Frontstädtern als rote Horde verschrieene SEW ist allein von dem Wunsch beseelt, „unsere Stadt wieder regierbar“ zu machen. Wogegen sich die Alternative Liste direkt umständlich gibt, will sie doch immerhin „versuchen, den Betrug am Wähler schwieriger zu machen“. Eine Lösung für das krisengeschüttelte Westberlin wird es nicht innerhalb der Mauern geben, genauso wenig, wie ein Wechsel der Inhaber von Senatsesseln bei diesen Wahlen etwas ändert. Es ist notwendig, für ein Programm der revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands zu kämpfen: für die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die antisowjetischen Gelüste des Kapitals, gegen Mietwucher, Bullenterror und Profitwirtschaft, für den Sturz der Bourgeoisie im Westen und für die politische Revolution im Osten.

Um die Westberliner SPD-Ruine instandzusetzen, veranstalten die Jusos den Kongreß „Berlin am Tropf“, wohl wissend, daß die monatliche Diskussionskonferenz das Herz eines jeden krisengeschüttelten Linken schneller schlagen läßt. Die Veranstalter beschwören, daß sie „um einen aufrichtigen Dialog bemüht“ sind, was die Besetzung des Podiums deutlich macht: Karsten Voigt, der sich durch „aufrichtigen Dialog“ mit den türkischen Pinochets überzeugen ließ, daß die Folterungen der Mörderjunta in humanen Grenzen bleiben. Als besonders „dialogfreudig“ gilt auch Peter Glotz; davon wissen die Studenten der FU, die im letzten Jahr gegen Studienverschärfungen gestreikt haben, ein Lied zu singen. Die Arbeiterklasse ist gebührend durch Horst Wagner vertreten, dessen Kollegen im Hauptvorstand der IG Metall angesichts Millionen kampfbereiter Metaller sich verstärkt um den Ausverkaufsdialo mit Gesamtmetall bemühen, anstatt militante Kampfmaßnahmen einzuleiten. Und natürlich darf heutzutage kein ordentlicher Kongreß ohne Rudolf Bahro stattfinden, auf daß er seine neuesten Erkenntnisse im Dialog mit der von ihm entdeckten „Gattung Mensch“ kundtue. Trotzdem wird dieser Kongreß bei den vor sich hinkriselnden linken Gruppierungen, die normalerweise liebend gerne am Busen der SPD Stärkung suchen, keine ungeteilte Freude hervorrufen. Beispielhaft die

Für die revolutionäre Wiedervereinigung!

Westberlin am Tropf – seit der Spaltung Deutschlands

Berliner Ortsgruppe der GIM, die von ihrer Zentrale verdonnert wurde, für die völlig diskreditierte SPD zu werben – trotz deren Koalition mit der FDP in Bonn und Westberlin –, während sie vielmehr auch den reformistischen Saubermännern der AL ihre ausgezehzte Hand entgegenstrecken möchte. Oder die Sozialistische Linke, ursprünglich als Wahlhilfe-Unternehmen für die SPD gegründet, die jetzt ihr Fähnchen in den Wind der AL hängt.

„Bereitschaft zum Dialog“ war immer schon eine Spezialität der Jusos und der kleinbürgerlichen Linken innerhalb der Sozialdemokratie; wenn das jetzt einen geradezu hektischen Charakter annimmt, ist die Ursache leicht zu erraten. Inzwischen gibt es nämlich Leute, die alle modischen Parolen des linken Kleinbürgertums in ein System gebracht und gute Aussichten haben, damit am 10. Mai den Sprung ins Abgeordnetenhaus zu schaffen. Dem Aufstieg der Alternativen Liste haben die Jusos ihrerseits nur eine sehr fadenscheinige Alternative entgegenzusetzen: eigentlich haben die Freunde von der AL ja praktisch in allen Punkten recht; nur sollten sie doch lieber unter der Käseglocke der SPD gemeinsam mit den Jusos für frischen Wind sorgen. Immer brav hinter der SPD her, die „plötzlich wieder Ideen hat und sich für Impulse aus der Bevölkerung öffnet“. Letzteres registrieren die Jusos „in fast ungläubigem Staunen“.

Staunen sollte man allerdings eher über die Dreistigkeit, mit der die Jusos den „weichen Weg“ ihrer Partei dem zögernden Wähler zu verkaufen trachten, immer mit Freiburg, Nürnberg und Göttingen als düsterem Hintergrund, vor dem sich umso strahlender die Berliner Sozialdemokratie abhebt, die „sogar ihren Polizeipräsidenten in die Front der Bedächtigen und Gesprächswilligen“ hat „einbinden können“. Haben denn jüngst Zehntausende demonstriert, nur um Vogel und Glotz mit Ideen und Impulsen zu versorgen und mit Hübner ins Gespräch zu kommen? Haben Vogel, Brunner & Co. in Westberlin nicht weitaus mehr Hausbesetzer und deren Sympathisanten eingeknastet als irgendwo sonst? Bei den Bürgerkriegsaktionen der Polizei am 7. April waren unter den 155 Festgenommenen der gesamte Besetzerrat!

Daß der Vogel/Brunner-Senat im Wahlkampf auch ein Sortiment von Zuckerbrötchen präsentiert, nimmt nicht wunder. Gleichzeitig jedoch wirbt er auch mit der Peitsche. Die auf „Ruhe und Ordnung“ erpichten Wählerschichten können aus Vogels Zeitungsanzeigen entnehmen, wie energisch der Senat bereits jetzt gegen „Rechtsbrecher“ vorgeht. Was soll von der Partei der Berufsverbote und Hochsicherheitstrakte auch anderes erwartet werden? Und was die Wahlversprechungen angeht: könnten Vogel/Brunner – selbst wenn sie es wollten – denn in ihrer Berlin-Politik aus dem Rahmen ausbrechen, den ihnen die Politik der Schmidt/Genscher/Lambsdorff-Regierung unerbitlich setzt? Die SPD/FDP-Koalition steht für Sanierung der Profite der Bourgeoisie auf dem Rücken der Arbeiter. Westberlin hängt seit Beginn der Spaltung Deutschlands am Tropf. In den Jahren der Hochkonjunktur verdeckte die Vollbeschäftigung die Aushöhlung der industriellen Basis; die Verlagerung wesentlicher Produktionsstätten nach Westdeutschland wurde von den Gewerkschaften zwar gelegentlich bejam-

ert, doch in der Verhinderung militanter gewerkschaftlicher Kämpfe waren die hiesigen Gewerkschaftsbürokraten Weltmeister. Jetzt aber, wo die wachsende Krise sich im gesamten kapitalistischen System weltweit bemerkbar macht, erschüttert sie Westberlin mit besonderer Wucht. Dagegen gibt es im Rahmen des kapitalistischen Systems keine Abhilfe.

Die grundlegende Erkenntnis, daß nur die Machtergreifung der Arbeiterklasse einen Weg aus der Krise weist, ist heute unter den Westberliner Linken unpopulärer denn je. Statt sich auf die Arbeiterklasse zu orientieren, haben die demoralisierten Veteranen der „Neuen Linken“ von '68, die ausgebrannten „Kader“ der mao-stalinistischen Sekten in wachsender Zahl in einer kleinbürgerlichen Sammlungsbewegung, der Alternativen Liste, ihre Heimat gefunden. So phrasenhaft der Pseudomarxismus großer Teile der jetzigen AL-Mitgliedschaft auch war, welch jämmerliche Alternative präsentieren uns diese Leute jetzt in dem breiten Sammelsurium kleinbürgerlicher Plattheiten, mit welchen die AL in den Wahlkampf zieht. Grundidee des AL-Programms: der Kapitalismus soll umfassend, buntscheckig, basisorientiert und bürgernah reformiert werden, und ausgerechnet die kapitalistische Insel Westberlin soll dabei den Vorreiter abgeben. Da muß dann zwangsläufig die Reform des Subventionswesens zentraler Bestandteil des AL-Programms sein: „Die bisherige Förderung nach dem Anspruchsprinzip muß durch Antragsregelung ersetzt werden... Hierbei ist an eine analoge Regelung wie bei der Kreditvergabe durch Banken zu denken.“

Selbst der AL kommen Bedenken, ob ein solches Inseldiyll in der „unnatürlichen geographisch-politischen Situation Westberlins“ zu verwirklichen sei. Deshalb will sie „in letzter Konsequenz die Frage der deutschen Einheit aufwerfen und zu ihrer Lösung beitragen“. Ihr einziger bisheriger Beitrag zu dieser Lösung ist die Vorstellung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland kein „preußischer Zentralstaat“ sein dürfe. Welche Klasse in diesem Staat herrschen soll, diese Frage berührt die AL nicht. Vielmehr sucht sie nach Wegen der „alternativen Verteidigung“, eine schwache Kaschierung dafür, den deutschen Imperialismus in seinem räuberischen Drang nach Osten, der kapitalistischen Restauration in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten, zu unterstützen.

Die deutsche Wiedervereinigung ist in der Tat die zentrale Frage proletarischer Politik in Westberlin. Der vermeintlich klassenneutralen Idylle, wie sie Jusos und AL recht ähnlich den verunsicherten Westberlinern vorgaukeln, stellen wir nicht einfach das Bild eines „Sozialismus in einer halben Stadt“ entgegen. Nur die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands kann Westberlin retten: durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse für die soziale Revolution, die den Kapitalismus in der BRD und Westberlin stürzt, und durch die politische Revolution, mit der das Proletariat in dem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR sich das Regime einer parasitären Bürokratie vom Halse schafft.

Da sich die Krisen des kapitalistischen Systems in Westberlin besonders krass ausdrücken, gibt es hier auch in besonderem Maße Ansatzpunkte für revolutionäre Politik. Dem steht jedoch der Antikommunismus, auch in der Arbeiterklasse hartnäckig

verwurzelt, entgegen – von der Bourgeoisie unermüdlich geschürt, von der stalinistischen Bürokratie in der DDR und der Sowjetunion immer erneut genährt. Vor diesem Antikommunismus geht die Mehrheit der Westberliner Linken immer stärker in die Knie. In der AL hat eine Clique ehemaliger Mitglieder der aufgelösten KPD Schlüsselpositionen in der Hand, die weiterhin die verbrecherische Linie der chinesischen Stalinisten („Sowjetunion = Hauptfeind der Menschheit“) unterstützt. Und die Jusos „bekämpfen“ die Nachrüstungsbeschlüsse der NATO mit dem proimperialistischen Argument: „Die geplante Rüstungsmaßnahme stärkt nicht die Bindungen Westeuropas an den strategischen Atomschild der USA, sondern lockert diese vielmehr.“ Das ist die Logik der ganzen neutralistisch-pazifistischen Abrüstungsillusion: weder wird der deutsche Imperialismus noch die Bindung an den US-Imperialismus in Frage gestellt; die NATO wird mit dem Warschauer Pakt auf eine Stufe gestellt, höchstens Reagan, Haig und Weinberger bereiten einige Bauchschmerzen. Trotzlisten antworten diesem NATO-freundlichen Pazifismus mit der Losung: *Bedingungslose militärische Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen den aggressiven Imperialismus!*

Diese Losung steht keineswegs im Widerspruch zu unserem Programm der politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie. Gerade wenn die wachsende Krise der stalinistischen Regime die politische Revolution auf die Tagesordnung setzt, wächst auch der Appetit des Imperialismus, die Hoffnung, die Arbeiterstaaten für den kapitalistischen Markt zurückzugewinnen. Und die Kreml-Bürokratie trägt mit ihrem parasitären Regime, ihren verlogenen Reden vom „realen Sozialismus“ und ihrer bankrotten Politik der friedlichen Koexistenz selbst wesentlich dazu bei, die Verteidigung der Arbeiterstaaten zu unterminieren. Es wird Zeit, daß die Arbeiterklasse unter Führung trotzkistischer Parteien den Kampf für die Erhaltung und Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution, der Zerstörung kapitalistischer Herrschaft auf einem Drittel des Erdballs, in ihre eigenen Hände nimmt!

In diesem Kampf, der auf Weltebene stattfinden wird, hat auch das Westberliner Proletariat eine Rolle zu spielen. Um den Kapitalismus zu hassen, gibt es in Westberlin Anlässe genug. Was not tut, ist der Aufbau von trotzkistischen Parteien in ganz Deutschland, die gegen proimperialistischen Reformismus und stalinistische Bürokratenherrschaft die deutsche Arbeiterklasse zur Machtergreifung führen, als Teil des Kampfes für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. ■

Kontaktadressen

FRANKFURT:
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

WESTBERLIN:
Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11
Tel.: 030/882 11 75

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen
Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten
Betrieb. ISSN 01 733-7430

Nordirland: Zerschlagt die H-Blocks!

Britische Truppen raus – sofort!

Bobby Sands' qualvoller Tod am 5. Mai in den Höllenblocks von Long Kesh, nach 66-tägigem Hungerstreik, steht als Symbol für den ungebrochenen Kampfgeist eines Volkes, das sich von den Schlächtern und Gefängniswärtern des britischen Imperialismus befreien will. Die britische herrschende Klasse versucht, die republikanischen Gefangenen und ihren Kampf zu kriminalisieren; Sands' heroische Weigerung, sich dem zu unterwerfen, verdient den Respekt jedes Sozialisten und klassenbewußten Arbeiters. Die internationale Arbeiterbewegung wird Bobby Sands nicht vergessen, und sie wird eines Tages mit den blutdürstigen und blutbefleckten Imperialisten abrechnen, die ihn in den Tod trieben.

Aber der Kampf in den H-Blocks geht trotz Bobby Sands' Tod weiter. Die britische Regierung will mit voller Unterstützung der britischen Brandts und Schmidts in der Labour Partei ihre Kriminalisierungsversuche fortsetzen. Thatchers Antwort auf die Forderungen der Hungerstreikenden war: „Verbrechen ist Verbrechen und bleibt Verbrechen“. Die IRA (Provisionals) hat angekündigt, daß gemeinsam mit den drei anderen Hungerstreikenden – von denen einer, Francis Hughes, dem Tode nahe ist – 70 weitere Gefangene in der nächsten Zeit einen Hungerstreik beginnen werden. In diesem Kampf beziehen wir Seite! Wir unterstützen die vollständig gerechtfertigten, minimalen Forderungen der Gefangenen. Sofortige Freilassung aller republikanischen Gefangenen! Zerschlagt die H-Block-Foltercamps!

Der imperialistische Terror beschränkt sich nicht auf die Gefängnisse. Bobby Sands

war wegen *Besitzes* einer einzigen Waffe zu 14 Jahren verurteilt worden; die bis an die Zähne bewaffnete britische Armee tötet nach Gutdünken ohne viel Federlesens. Als am Ostersonntag in Derry ein Landrover der Armee mit 100 Stundenkilometern in eine Gruppe protestierender Jugendlicher hineinfuhr und zwei von ihnen tötete, wurde das als „Verkehrsunfall“ bezeichnet. Eine Woche später wurde ein 15-jähriger durch ein Gummigeschoß der Armee getötet. Jetzt nach Sands' Tod werden die Versuche der Armee, die katholischen Massen zur Unterwerfung zu zwingen, weitere Opfer fordern. Es kann keine Lösung für Nordirland geben, solange der Imperialismus dort ist. Britische bewaffnete Gangster raus aus Irland – sofort!

Aber der Rückzug der Imperialisten ist nur die *wesentliche* Vorbedingung für eine Lösung, noch nicht die Lösung selbst. Die nationale/kommunale Verflechtung in Irland ruft die blutigen Kämpfe zwischen Hindus und Moslems in Indien nach Erlangung der Unabhängigkeit ins Gedächtnis. In den letzten Wochen haben die protestantischen Loyalisten verstärkt mit Angriffen auf die katholische Bevölkerung gedroht. Ian Paisley versammelte 500 seiner Unterstützer, die eine Waffenlizenz besitzen, in North Antrim und am 4. Mai fand eine bewaffnete Versammlung von Mitgliedern der Ulster Defence Association in der Shankill Road in Belfast statt. Ihr Ziel ist eindeutig: sie wollen mit der Waffe in der Hand die Versuche der IRA verhindern, sie in ein vereinigtes Irland einzugliedern. Und unter den gegebenen Umständen könnte auch jeder, der einen solchen Versuch unternimmt, leicht gegen diese



Getötet im H-Block: Bobby Sands

schwer bewaffnete und entschlossene, eine Million starke Volksgruppe verlieren.

Und selbst wenn es gelänge, den Protestanten eine Niederlage beizubringen, würde doch ein vereinigtes bürgerliches Irland die kommunale Unterdrückung nur umkehren und anstatt der jetzt unterdrückten Katholiken die protestantische Volksgruppe unterdrücken. Der repressive südirische Staat unter Premierminister Haughey, der seine eigenen H-Blocks besitzt und gegenwärtig einen republikanischen Gefangenen zu erhängen droht, und der auf klerikal-reaktionäre Weise die Rechte der Frauen leugnet, ist sicherlich nicht geeignet, den Protestanten ihre

Furcht zu nehmen. Irland schreit geradezu nach einer *Klassenlösung*. Für eine irische Arbeiterrepublik als Teil der sozialistischen Föderation der britischen Inseln!

Bobby Sands' Tragödie

Bobby Sands zeigte, daß es den Republikanern nicht an Mut fehlt. Was ihnen fehlt, ist ein Programm, um durch die Mobilisierung der vereinigten Arbeiterklasse den Imperialismus ein für alle mal aus Irland zu vertreiben. Es wird keine leichte Aufgabe sein, die kommunalen Trennlinien niederzureißen. Das nationalistische Programm und die nicht verteidigbaren Angriffe auf zivile Einrichtungen stellen dafür ein Hindernis dar. Die gegenwärtig steigenden kommunalen Spannungen in Nordirland erfordern die Organisation von *Verteidigungsorganen der Arbeiterklasse* gegen die imperialistischen Mörder und den sektiererischen Terror. Aber sie werden sich nicht spontan entwickeln. Notwendige Vorbedingung ist die Intervention einer kommunistischen Avantgardepartei, die an den seltenen Gelegenheiten der Klasseneinheit ansetzt – wie am Metallarbeiterstreik 1919 oder dem Kampf der Arbeitslosen 1932 – um eine Kraft aufzubauen, die zusammen mit ihren britischen Klassenbrüdern die arrogante, verrottete britische herrschende Klasse zerstören kann. Die Trotzistische Liga Deutschlands und ihre britische Schwesterorganisation, die Spartacist League/Britain, arbeiten auf den Tag hin, an dem die Arbeiterklasse sich erheben und Bobby Sands rächen wird. Möge dieser Tag bald kommen! ■

Das Proletariat wird Debus rächen!

Freiheit für die RAF-Gefangenen!

Wenige Tage vor Ostern starb in Hamburg Sigurd Debus, der zusammen mit einigen Dutzend Gefangenen der RAF seit elf Wochen einen Hungerstreik für bessere Haftbedingungen durchführte. Debus wurde auf legale Weise umgebracht: er starb höchstwahrscheinlich nicht durch Unterernährung, sondern an den Folgen der brutalen intravenösen Zwangsernährung. Nachdem sein Tod fast zwei Tage lang geheimgehalten wurde, versuchte die bürgerliche Presse ihr möglichstes, um durch eine zynische Diskussion über Sinn und Nutzen der Zwangsernährung von der wirklichen Todesursache abzulenken. Aber Sigurd Debus ist gestorben, weil der bürgerliche Staat Härte gegenüber den berechtigten, minimalen Forderungen der linken Häftlinge in den deutschen „H-Blocks“ demonstrieren wollte: Abschaffung der mörderischen Isolationshaft, Zusammenlegung der linken Gefangenen in Gruppen, Freilassung von Verena Becker, die an offener Tbc leidet, und von Günter Sonnenberg, der die Haftbedingungen mit einer schweren Kopfverletzung – Folgen eines gezielten Schusses bei seiner Verhaftung – ertragen muß. Der Hungerstreik wurde abgebrochen, nachdem vage Verbesserungen in Aussicht gestellt wurden.

Der Staat versucht sogar, aus den Folgen des Hungerstreiks politisches Kapital zu schlagen. Besonders nach Debus' Tod, aber auch schon in den Wochen davor, waren eine Reihe Bomben- und Brandanschläge verübt worden, auf Banken und Einrichtungen der US-Armee ebenso wie auf Kaufhäuser und ein SPD-Büro in Westberlin; und alles wurde erst mal der RAF und den „Revolutionären Zellen“ zugeschrieben. Erklärungen der Häftlinge, in denen sie sich von bestimmten

Aktionen, etwa Bomben auf dem Kölner U-Bahnhof und Anschläge auf Personenzüge, distanzieren, gingen ebenso unter wie die offenbar von Faschisten verübte Brandstiftung in einem DKP-nahen Buchladen in Frankfurt.

Gleichzeitig ging die Polizei mit einer Verhaftungswelle gegen die „Sympathisanten“ vor. Allein in Frankfurt wurden bei einer vom AStA angemeldeten Demonstration zur Unterstützung der Forderungen des Hungerstreiks 40 Leute festgenommen, einige nur deshalb, weil sie Sprühdosen bei sich hatten oder in der Nähe von Plakaten standen, die angeblich unter den Hexenjagdparagrafen 129a (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) fielen. Jürgen und Mirjam befinden sich immer noch in Haft, weil sie ein Plakat aufgehängt haben sollen, in dem aufgerufen wurde, sich an der Frankfurter Demonstration gegen Isolationshaft und Hochsicherheitstrakte zu beteiligen – eine *legale*, genehmigte Demonstration. Jürgen befindet sich in Isolationshaft, hat Einzelhofgang und Besuch nur mit Trennscheibe. *Weg mit dem Paragraphen 129a! Sofortige Freilassung von Jürgen und Mirjam!*

Von den Jusos bis zu amnesty international und Kirchengruppen waren Forderungen nach „menschlicheren“ Haftbedingungen erhoben worden – es gibt ja schließlich genügend Erfahrung mit dem Schicksal linker politischer Gefangener in Westdeutschland. Die elementare Klassenforderung ist jedoch die *Freilassung* der linken politischen Gefangenen – und zur Zeit sitzen mehr Linke in westdeutschen Gefängnissen als im „deutschen Herbst“ 1977! Die meisten vorgeblich revolutionären Organisationen schließen sich den moralischen Appellen der bürgerli-

chen Liberalen an. Anfangs schwafelte der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), es dürfe keine „Sonderbedingungen“ für die linken Gefangenen geben – als ob der Kampf um die Anerkennung als „Politischer“ nicht zurück bis zu den Anfängen der organisierten Arbeiterbewegung verfolgt werden kann! Dann kapitulierte er – getreu seiner politischen Wende – vor der Breite der Protestbewegung: „Diese Zustände in den Gefängnissen können von uns nicht geduldet werden. Sie sind menschenunwürdig“ (Flugblatt zur Frankfurter Demonstration). Auch die pseudotrotzkistische Gruppe Internationale Marxisten (GIM) stimmte in den liberal-humanistischen Chor ein. Als der Druck der Bourgeoisie am stärksten war – im „deutschen Herbst“ – heulte die GIM mit den Wölfen: „Der individuelle Terror nützt nur der Rechten“ (*was tun*, 15. September 1977). Und nach wie vor erhebt sie nicht die Forderung nach der Freilassung der linken Gefangenen.

Die Strategie der RAF ist der des Leninismus diametral entgegengesetzt. Während der Trotzismus kämpft, um die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Perspektive der proletarischen Revolution zu gewinnen, wurzelt die „Stadtguerilla“ in dem mangelnden Vertrauen in das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse, ist substitutionalistisch bis ins Mark. Aber die Zerstörungswut des bürgerlichen Staates trifft die RAF-Gefangenen, weil sie sich gegen das imperialistische System aufgelehnt haben. In Trotzki's Worten:

„Wenn wir uns jedoch gegen die terroristischen Akte auflehnen, so nicht, weil wir das Recht der Rache aberkennen wollen, sondern umgekehrt, weil diese individuelle Rache uns nicht genügt. Zu groß ist

die Rechnung, die wir mit der kapitalistischen Weltordnung zu bereinigen haben, um diese Rechnung einem ordinären Beamten, der Minister heißt, zu präsentieren. Alles Verbrechen an dem Menschen und alle Schmach des menschlichen Geistes als Auswüchse eines sozialen Systems auffassen zu lernen, um die gesamte Kraft zur kollektiven Bekämpfung dieses Systems einzusetzen, das ist der Weg, auf dem auch das flammende Rachebedürfnis seine höchste sittliche Befriedigung finden kann“ (*Kampf*, Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, 1911).

Es ist verständlich, daß angesichts des legalistischen Sozialdemokratismus, der in der Linken immer mehr Fuß faßt, Jugendliche, denen der Kapitalismus nicht mal mehr so grundlegende Dinge wie Arbeit und Wohnraum, sondern nur noch Hoffnungslosigkeit bietet, in den militanten Aktionen anarchistisch/Blanquistischer Organisationen eine Anziehungskraft verspüren. Aber um die Bourgeoisie zu stürzen, ist die Strategie des individuellen Terrors politisch grundsätzlich verfehlt und zudem selbstmörderisch. Trotzki nannte den Terrorismus die „Kehrseite der Bürokratie“: beide machen ihre Rechnung *ohne* und *gegen* die Arbeiterklasse, die einzige soziale Kraft, die fähig ist, die Freilassung der linken politischen Gefangenen zu erzwingen und schließlich die Bourgeoisie ein für allemal zu entmachten.

- *Volle Durchsetzung der Forderungen des Hungerstreiks!*
- *Freiheit für alle linken politischen Gefangenen!*
- *Weg mit dem Paragraphen 129a – Keine Kriminalisierung linker Propaganda – Schluß mit dem Polizeiterror!*

KPF-Kandidatur in Rassismus versackt Giscard niemals! Mitterrand nein!

4. Mai. Zweierlei kennzeichnet die erste Runde der französischen Präsidentschaftswahlen: Mitterrands möglicher Sieg und die Niederlage der Kommunistischen Partei (KPF), die auf ihr niedrigstes Wahlergebnis seit 50 Jahren zurückfiel. Die Schreiberlinge der Bourgeoisie überschlugen sich vor Befriedigung über das schlechte Abschneiden der Pro-Moskau-KP zu einer Zeit, in der der Kalte-Kriegs-Feldzug gegen die Sowjetunion in vollem Gange ist:

„... Mitterrand hat de Gaulle ... das Privileg entrissen, 1958 den Kommunismus auf sein niedrigstes Niveau reduziert zu haben. Ein Privileg, für das er sich zweifellos eine Inschrift ‚In Dankbarkeit‘ auf dem Denkmal der großen politischen Kämpfe verdient hat.“ (*le Quotidien de Paris*, 28. April)

Im Klima des Kalten Krieges gegen die UdSSR wetteifert jedermann, von den bürgerlichen Parteien bis hin zur Sozialistischen Partei (SP), im Antikommunismus. Der Sozialdemokrat Mitterrand präsentiert sich offen als der Kandidat der wirksamsten anti-sowjetischen Politik, und es ist geradezu seine Spezialität, Giscard der Kapitulation vor Moskau zu bezichtigen. In letzter Zeit legt Mitterrand mehr „Atlantizismus“ an den Tag als die NATO und der US-Imperialismus, im letzten Sommer griff er erstere wegen ihrer „Desorganisation“ und letzteren wegen „Versäumnissen“ gegenüber der UdSSR an (*Le Monde*, 31. Juli 1980). Die erste internationale Geste des SP-Kandidaten – ein Besuch in China – war symbolisch: er machte jenen Verbündeten des amerikanischen Imperialismus seine Aufwartung, die sich als die haßerfülltesten Gegner der UdSSR herausgestellt haben: den stalinistischen Bürokraten in Peking.

So hält Mitterrand es dann auch für wenig sinnvoll, mit einer moskautreuen Partei die Regierung zu bilden, „solange sie in so schwerwiegenden Fragen wie Afghanistan an fremden Positionen ausgerichtet bleiben ...“ (*Le Monde*, 18. März).

Jetzt, nach der ersten Wahlrunde, behaupten die SP und in ihrem Kielwasser die pseudotrotzkistischen Organisationen Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) und Organisation Communiste Internationaliste (OCI), die seit dem Zerfall der Linksunion die KPF anklagen, der „Einheit“ den Rücken gekehrt zu haben: „Die Niederlage der KPF ist der Preis ihrer gegen die Einheit gerichteten Politik“. Aber in Wirklichkeit zahlt die KPF die Spesen des neuen Kalten Krieges (eine ganze Menge Intellektuelle und andere

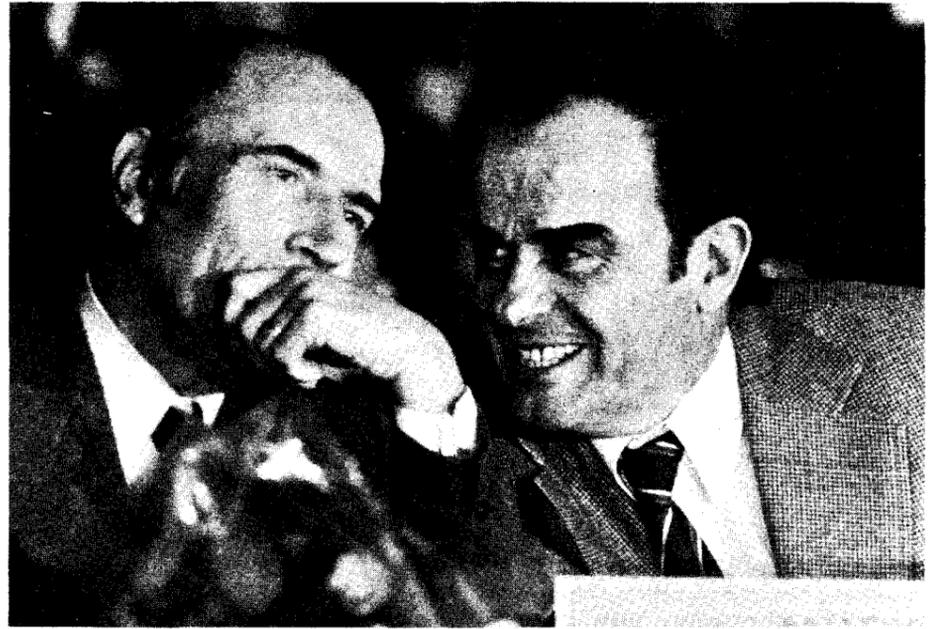
Kleinbürger – unter ihnen die Eurokommunisten – haben sich voller Schrecken über die Zurückweisung Marchais' durch ihre eigene Bourgeoisie von der KP abgewandt) und ihrer Politik der Linksunion.

Marchais selbst versuchte seine Niederlage so zu erklären: „Wähler und Wählerinnen, die Vertrauen in die Partei haben, ... dachten, es sei notwendig, in der ersten Runde nutzbringend zu wählen (das heißt für Mitterrand zu stimmen), um sich Giscard vom Hals zu schaffen“ (*L'Humanité*, 27. April). Wer ist daran schuld? Die KPF war der beste Propagandist und Baumeister der Linksunion, wie auch übrigens der anderen Volksfronten von 1936 und 1944. Und unglücklicherweise haben Arbeiter, die der KPF vertrauen, daran geglaubt. Und heute ruft die Führung der KPF im Namen der Linksunion dazu auf, in der zweiten Runde Mitterrand zu wählen! Wir hoffen, daß die Militanten und Arbeiter der KPF sich weigern, für den Propagandisten des Antisowjetismus und der Klassenkollaboration zu stimmen!

**Mitterrand nein!
Marchais: nach Vitry nicht!**

Während unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) eine kritische Unterstützung des NATO-Mannes Mitterrand bei diesen Präsidentschaftswahlen von vornherein ausgeschlossen hatten, zogen sie zu Beginn der Wahlkampagne der KPF im Oktober eine „ätzend kritische Wahlunterstützung“ des stalinistischen Bürokraten Marchais in Betracht. Im *Spartakist* (Nr. 34, Dezember 1980) hatten wir dazu geschrieben:

„Wir sind nicht so naiv, zu glauben, daß das neu aufgelegte linke Gesicht mehr sei als eine fadenscheinige Maske. Die gegenwärtige Linie der KPF ist lediglich eine ‚unabhängige‘ Taktik im Kontext ihrer historischen Rolle von eingefleischter Klassenversöhnlicher Politik, kein Jota besser als die der Sozialdemokratie. Dennoch ermöglicht diese gegenwärtige Taktik, wo eine reformistische Arbeitermassenpartei in ihrem eigenen Rahmen kandidiert, das Aufbrechen von Widersprüchen, die innerhalb dieser Partei angelegt sind. Denn sie kann sich nicht damit herausreden, ihre bürgerlichen Blockpartner in den Wahlen beschwichtigen zu müssen. Der springende Punkt ist die Tatsache, daß die KPF gegenwärtig unter ihrem eigenen Namen und gegen Blockpolitik kandidiert. Falls die KPF ihre Kampagne auf dieser Basis weiterführen wird, wird



Marchais: „Fällt nicht vielleicht doch ein Ministerposten für mich ab?“
Mitterrand: „Und was ist mit Afghanistan?“

die Ligue trotskyste de France (LTF), französische Sektion der internationalen Spartacist Tendenz (iST), im kommenden April zu einer ‚ätzend kritischen Wahlunterstützung‘ für Marchais aufrufen. Für Marchais zu stimmen, bedeutet nicht, den Streikbruch und die sozialchauvinistische Rolle dieses stalinistischen Bürokraten und seiner ‚Kommunistischen‘ Partei zu vergessen. Unsere Politik der kritischen Wahlunterstützung kann ein Vehikel sein, die Bürokraten vor ihrer Mitgliedschaft zu entlarven und die Basis gegen die Führung zu wenden.“

Darüberhinaus beabsichtigten wir mit umso größerer Genugtuung zur Wahl von Marchais aufzurufen, da die Stimmabgabe für eine moskautreue Partei in einer Periode, in der der Imperialismus seine Drohungen gegen die Sowjetunion vervielfacht, für uns eine Gelegenheit eröffnet hätte, unsere revolutionäre Politik darzulegen: Verteidigung der proletarischen Errungenschaften der UdSSR gegen jede Drohung der kapitalistischen Restauration und Kampf für den Sturz der parasitären Bürokratie, die der Arbeiterklasse die politische Macht entrissen hat, durch die politische proletarische Revolution.

Die Wahl von Marchais hätte eine Klassenwahl sein können. Aber die stalinistische Führung entschied anders. An Stelle von Kämpfen gegen Kapital und Regierung mobilisierte sie einen Teil der Arbeiterklasse gegen den anderen, sogar gegen den verwundbarsten, den die Bourgeoisie am härtesten für ihre Krise zahlen lassen will: die ausländischen Arbeiter. Selbst ins „Getto“ des Kalten Krieges zurückgeworfen, kriecht die Führung der KPF vor der Bourgeoisie – wofür sie nur weitere Tritte erhält – und bietet die untertänigsten Beweise ihrer Loyalität zum französischen Kapitalismus gegenüber den „ausländischen Feinden“ an. Sie bediente sich der von ihr geführten Kommunalverwaltungen, um einmal mehr zu beweisen, daß sie zu allem fähig ist, einschließlich der niedrigsten und abstoßendsten Gemeinheiten, um die bürgerliche Ordnung zu verteidigen.

Vitry – eine rassistische Kampagne

Am 24. Dezember 1980 marschierten 50 Leute, an der Spitze Paul Mercieca, KP-Bürgermeister des Pariser Vororts Vitry, zu einem Wohnheim, in das einige Tage zuvor 300 malinesische Arbeiter aus einem Wohnheim in Saint Maur eingewiesen worden waren. Telefon, Wasserversorgung, elektrische Leitungen und die Heizung wurden zerstört, während ein Bulldozer die Eingangstreppe herausriß und die Ausgänge blockierte. Diese Kommandooperation war ein rassistischer Akt, den jeder Arbeiter, der auch nur ein Minimum an Klassenbewußtsein hat, voller Ekel verwerfen wird. Wir haben diesen Angriff scharf verurteilt.

Natürlich haben die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Vasallen – alle miteinander verantwortlich für weit schlimmere Handlungen gegen die Ausländer – die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ihrer anti-kommunistischen Kampagne neue Nahrung zuzuführen. Viele, die sich in der KPF gegen

Vitry erhoben haben (besonders die Eurokommunisten), haben dies aus liberalen Gründen getan: „sich ja nicht die kleinbürgerlichen Intellektuellen auf den Hals ziehen!“ Uns geht es jedoch nicht um abstrakten und gefühlsselligen Moralismus. Der Kampf um volle demokratische Rechte für alle Arbeiter ist ein entscheidender Aspekt der Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten. Die Überausbeutung der ausländischen Arbeitskräfte ist ein wichtiges Mittel der Bourgeoisie, um die Last der kapitalistischen Irrationalität und „Austerität“ auf die Schultern der arbeitenden Massen abzuwälzen. Unterbezahlt, zum großen Teil nicht gewerkschaftlich organisiert – Druckmittel auf die Löhne aller Arbeiter – können die ausländischen Arbeiter ohne politische Auswirkung über die Grenzen abgeschoben werden, wenn die wirtschaftliche Krise sie überflüssig werden läßt. Wir bekämpfen die Ausweisungsmaßnahmen gegen die Ausländer und die Schließung der Grenzen und wir sind für ein Programm, das die Forderung nach gleichen Löhnen und nach vollen Staatsbürgerrechten für Ausländer umfaßt. Das ist die Bedingung für die volle Integration der Ausländer in die Kämpfe des übrigen Proletariats gegen die kapitalistische Sparpolitik und in die Massenorganisationen der Arbeiterklasse.

Manche Arbeiter wollten an einen „Betriebsunfall“ glauben. Aber der KPF-Bürgermeister von Vitry hat das protektionistische und chauvinistische Programm seiner Partei sogar noch konkretisiert (von „produziert französisch“ zu „Einwanderungsstopp“). Obendrein hat sich die Führung der KPF dermaßen verhalten, daß kein Mensch mehr an einen „Zufall“ glaubt: Kundgebung zur Unterstützung des Bürgermeisters von Vitry mit Marchais an der Spitze; tägliche Artikel in *L'Humanité* über Wochen hinweg; in Orten mit KPF-Gemeinderat Fortsetzung der Vertreibungen von Ausländern und andere rassistische Akte (so war die öffentliche Denunziation einer marokkanischen Familie als Drogenhändler in Montigny-les-Cormeilles die Weiterführung der Politik von Vitry und zugleich der Ausgangspunkt einer lärmenden Kampagne zur Verteidigung der bürgerlichen „moralischen Ordnung“). Marchais wollte aus Vitry ein lebendiges Symbol seiner Einwanderungspolitik machen. Chauvinismus und Protektionismus sind traditionell Bestandteile des Programms einer Partei, die auf die Verteidigung der bürgerlichen Ordnung festgelegt ist. In diesem Sinne ist Vitry der direkte und konkrete Ausdruck dieses Programms. Vitry war der Gärungsstoff, der aktive Katalysator ihrer chauvinistischen und protektionistischen Kampagne, die mit dieser Aktion über die gewöhnliche reformistische „Routine“ der KPF hinausgegangen ist. Es ist eine Sache, daß die französischen Stalinisten die widerliche Parole „Einwanderungsstopp“ im Programm haben; eine andere Sache ist es, wenn sie die Dreckarbeit für die Bourgeoisie übernehmen, indem sie sich zum offenen Agenten der Vertreibung der Ausländer machen. Wenn sich die Reformisten an die Spitze der Mobilisierungen gegen die Arbeiterklasse (oder einen Teil von ihr) stellen, stehen wir auf der Seite der Arbeiterklasse gegen die Reformisten.

Die sogenannte Kampagne der KPF

Der große Ausverkauf

Sie hätten alles haben können. Sie haben weniger als nichts erreicht. Die IG-Metall-Bürokraten haben die größte und stärkste Einzelgewerkschaft der Welt in die Niederlage geführt. In dieser Tarifrunde haben die Gewerkschaftsböden erstmals unterhalb der offiziellen Inflationsrate abgeschlossen. Nicht nur Millionen Metaller haben vor der Bourgeoisie eine Niederlage einstecken müssen – der Abschluß von Nordwürttemberg/Nordbaden setzte das Signal für einen massiven Reallohnraub der Arbeiterklasse in allen Branchen.

Als Weltmeister im Ausverkauf hat sich Franz Steinkühler erwiesen. Steinkühler, seit Jahren Liebling der opportunistischen Linken, groß im Sprücheklopfen (wer unter fünf Prozent abschließe, müsse damit rechnen, hinterher Ähnlichkeiten aufzuweisen „mit einem Karnickel, das durch den Rasenmäher gelaufen ist“), hat mit dem Verrat von Sindelfingen der Bourgeoisie das Zeichen für „Feuer frei!“ auf die Arbeiterklasse gegeben. Die Gewerkschaftsbürokratie demoralisierte die kampfbereiten Metaller durch die „neue Beweglichkeit“. Einen Vollstreik sabotierte sie, um den „sozialen Frieden“ nicht zu gefährden.

Die Bürokraten sind nur gut für Abschlüsse im Sinne der Bosse. Die Arbeiterklasse braucht eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! Raus mit Steinkühler, Loderer & Co.!

„gegen die Gettos“ wurde nach Vitry fortgesetzt. In Ivry-sur-Seine wurde der Prozentsatz ausländischer Kinder in den städtischen Ferienkolonien auf 15 Prozent begrenzt. In Saint-Denis fand eine weitere Kommandooperation statt, um die Höfe und die Keller der Sozialwohnungen, in denen sich die jungen Ausländer treffen, zu „säubern“. In Rosny-sous-Bois gab es eine Kampagne dafür, daß die Polizei die Zigeuner aus der Gemeinde vertreibt.

Die einzige Aktion der gesamten Wahlkampagne seit ihrem Anbeginn ist Vitry gewesen. Vitry sollte Marchais' Treuepfand an die Bourgeoisie sein. Doch es genügte nicht. Sie will ein größeres, das entscheidende Pfand: den Bruch mit dem Krenl. Uns aber genügte Vitry, das den Wahlkampf der KPF entscheidend geprägt hat, vollauf. Nach Vitry konnte kein Revolutionär, kein klassenbewußter Arbeiter, der KPF auch nur die geringste Unterstützung geben. Hätten Ereignisse weltpolitischer Tragweite (zum Beispiel die massive Teilnahme von US-Truppen an den Kämpfen in El Salvador oder eine amerikanische militärische Invasion in Nicaragua oder Kuba) die Führer der KPF dazu gezwungen, gegen den Imperialismus zu mobilisieren und sich auf die Seite des internationalen Proletariats zu stellen, wäre der Charakter des Wahlkampfes der KPF und somit auch eine Stimmabgabe für Marchais ein anderer gewesen. Marchais aber versicherte mit unglaublicher Blindheit – wobei er freilich nur die verbrecherischen Illusionen der Kremli-Bürokratie in die sogenannte „friedliche Koexistenz“ wiederholt –, daß „die Welt nicht gefährlich ist“ (*l'Humanité*, 24. März).

LCR und OCI kapitulieren vor Antikommunismus

Die vorgeblich trotzkistische Linke in Frankreich bot bei diesen Wahlen ein Bild des Jammers. Sowohl die lambertistische OCI als auch die LCR, Schwesterorganisation der GIM, warfen Marchais vor, die „Einheit“ (sprich: die Volksfront-Linksunion) zu sabotieren. Sie lieferten sich eine heiße Polemik darüber... ob man schon in der ersten Runde Mitterrand wählt – wie das die sozialdemokratisch verhärtete OCI tat – oder erst in der zweiten Runde. Wahrlich eine entscheidende Frage für die Arbeiterklasse! „Für Mitterrand stimmen, um Giscard zu verjagen“, das wiederholen beide Organisationen vor der zweiten Runde immer wieder. „Ja, unser Sieg steht vor der Tür“ erklärte die LCR in einem Flugblatt am Tag nach der ersten Runde. Wird Mitterrands Sieg ein Sieg der Arbeiter sein? Man muß den Zynismus der Führung der LCR besitzen, um in dem oben erwähnten Flugblatt zu schreiben: „Wenn Mitterrand erst einmal mit den Stimmen der Arbeiter gewählt ist, ist er es ihnen schuldig, nicht mehr mit den Repräsentanten der Bosse zu regieren.“ Aber Mitterrand will mit der Rechten regieren. Und wer wird ihn daran hindern, wenn er erst mal gewählt ist? Die LCR? Die Arbeiter? Wie denn?

Die LCR hat eine „linke“ Rechtfertigung für ihre Neuaufwärmung der menschewistisch/stalinistischen Theorie der Revolution in Etappen: Mitterrands Sieg wird eine „Dynamik“ hervorrufen, die die reformistischen Bürokraten überwältigt. Aber um die von Zeit zu Zeit auftretenden Kämpfe gegen die Bürokraten führen zu können, müssen Revolutionäre eine Alternative zu den Reformisten und ihrer Politik der Klassenkollaboration darstellen. Die LCR stellt diese Alternative nicht dar. Sie schwätzt über Kämpfe, aber sie glaubt nur an die „Einheit“ der verräterischen Bürokraten und an den Wahlsieg Mitterrands. Die Arbeiter sehen sie als diejenigen an, die die Linksunion wieder aufbauen wollen und Untergrundarbeit für Mitterrand leisten. Arbeiter, die auf der Suche nach einer revolutionären Alternative sind, werden sich nur denen zuwenden, die keinerlei Verantwortung für den Sieg der Volksfront haben und die von Anfang an unerbittlich gegen die Klassenkollaboration gekämpft haben.

Bei der zweiten Runde der Wahlen in Frankreich am 10. Mai gibt es ebenso wie in der ersten Runde niemand, dem klassenbewußte Arbeiter eine Stimme geben können: weder Giscard, dem Kandidaten der Bourgeoisie, noch Mitterrand, dem Kandidaten der Volksfront und der offenen Klassenkollaboration. ■

Schluß mit Folter und Mord an türkischen Linken und Kurden! Nieder mit der NATO-Junta!

Die türkischen Pinochets, seit dem 12. September letzten Jahres an der Macht, verstärken gegenwärtig massiv ihre blutige Verfolgung der Linken, Gewerkschafter und Kurden, um endgültig „die Wurzeln des Terrorismus auszurotten“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. April). Über 120 000 sind seit dem Putsch verhaftet worden, nach offiziellen Angaben sitzen heute 40 000 in den Gefängnissen und Folterkellern der Junta (*Frankfurter Rundschau*, 4. Mai). Auch wenn die bonapartistische Militärdiktatur dem Vorsitzenden der islamisch-fundamentalistischen Nationalen Heilspartei, Nemçettin Erbakan, den Prozeß macht und gegen Alparslan Türkeş, dem Führer der faschistischen Nationalen Aktionspartei und der Grauen Wölfe, die Todesstrafe beantragt worden ist – der Terror der Soldateska gilt eindeutig der türkischen Arbeiterbewegung und den als „Bergtürken“ beschimpften Kurden, der größten nationalen Minderheit des Landes.

So stehen allein in Diyarbakir, der größten Stadt im kurdischen Teil der Türkei, über 400 Kurden vor Gericht. In Ankara steht ein Mammutprozeß gegen 1200 Mitglieder von Dev Yol an, deren beiden Leitungsmitglieder Akin Dirik und Nasuh Mitap brutal gefoltert wurden. Zu den Opfern des Juntaterrors zählen auch Nazif Kaleli, Paşa Uzun und Mümtaz Kotan, die in den Todeszellen des Militärgefängnisses von Diyarbakir verschwunden sind. Mümtaz Kotan ist Rechtsanwalt und Mitglied der juristischen Vereinigung „Ankara Çağdaş Hukukçular Dr.“ Er wurde am 17. April 1980 verhaftet und ohne

konkrete Anschuldigungen ins Militärgefängnis geworfen. Seit dieser Zeit wird er gefangen gehalten und gefoltert. Bis jetzt wurde er wegen der fehlenden Beweise noch nicht vor Gericht gestellt. Freiheit für Mümtaz Kotan, Freiheit für alle linken politischen Gefangenen und Opfer des großtürkischen chauvinistischen Terrors!

Der Massenterror kann jedoch nur durch Kampfaktionen der internationalen Arbeiterbewegung bekämpft und verhindert werden! Der DGB muß den Boykott von Waffentransporten in die Türkei organisieren! „Aktionen“ freilich wie der Europamarsch „Freiheit für die Türkei“ nach Straßburg, um Druck auf die imperialistischen Regierungen in Bonn, Paris und London auszuüben, sie möchten den türkischen Generalen ihre Hilfe entziehen, sind bestenfalls fruchtlos. Die Militärs sind mit Billigung und Unterstützung der NATO und der in ihr organisierten europäischen bürgerlichen Regierungen an die Macht gekommen. Es ist ihre Diktatur. Die SPD/FDP-Koalition sieht die Türkei zu Recht als das wichtigste antisowjetische Bollwerk an der Südostflanke der NATO an. Zwei Monate nach dem Putsch ließ die Bonner Regierung den Generalen in Ankara 600 Millionen Mark Militärhilfe zukommen. „Menschenrechts“-Delegationen in die Türkei haben nur Alibifunktion. Ex-Juso-Boß Karsten Voigt kehrte Ende Februar von einer Türkei-reise zurück, nur um dreist daherzulügen: „Wir glauben, daß weder die Regierung noch die Kriegerrechtskommandanten dulden werden, daß die Gefangenen gefoltert werden sollen!“ (*türkei information*, Mai 1981). Die-

ser famose Sozialdemokrat geht aber noch weiter, er dient sich der Junta als Denunziant an:

„Die Türken haben uns über die Gruppen informiert, die sie als linksextreme türkische Gruppen in der BRD empfinden. Wir werden diese Informationen, die uns dort gegeben worden sind, natürlich den deutschen Sicherheitsorganen zustellen.“ (*türkei information*, Mai 1981 – Hervorhebung von uns)

Voigt weiß, was er seinem imperialistischen Regierungschef und General Evren schuldig ist. Die Türkei ist seit Jahrzehnten ein Klient der westdeutschen Bourgeoisie – aus ur-eigenen ökonomischen und politischen Interessen als auch im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung. So nimmt es nicht Wunder, daß am 26. April in Westberlin 20 000 türkische Reaktionäre und Faschisten ungehindert zur Unterstützung der Mörder-Junta marschieren durften, während in Frankfurt linke türkische Antifaschisten ausgewiesen, das heißt den blutigen Klauen der Soldateska am Bosphorus ausgeliefert werden sollen. Die Arbeiterbewegung muß die Ausweisung linker Türken verhindern!

Den türkischen Generalen und ihren Folterknechten kann das Handwerk nur durch den Kampf für die proletarische Revolution gelegt werden! Freiheit für alle linken politischen Gefangenen! Für das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung! Boykott aller Militärgüter in die Türkei! Nieder mit der NATO-Junta! Für eine Arbeiter- und Bauernregierung! ■

Klassenkrieg...

Fortsetzung von Seite 1

den. Karsten Voigt verteidigte das Regierungsbündnis mit der FDP und unterstrich den Wert der sozial-liberalen Koalition bei der Wahrnehmung ihrer angeblichen Friedenspolitik. Es ist allerdings richtig, daß die SPD-Führung ihren Aufrüstungskurs nur im Bündnis mit der kapitalistischen, pro-amerikanischen FDP durchsetzen kann, ohne die inneren Widersprüche in ihrer eigenen Partei zu weit aufklaffen zu lassen.

Krefelder Appell: NATO-Pazifismus

Eben dieses Dogma des Regierungsmannes Voigt wurde vom Bundesausschuß der Jusos angegriffen. In einem einstimmig gefaßten Beschluß wurde die Aussage des „Krefelder Appells“ unterstützt, einer Abrüstungsinitiative, die von DKPlern, Humanisten, Pfaffen bis zum abgehalfterten General Bastian reicht. Die Jusos fordern die Aufkündigung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses, die Ratifizierung von SALT II und „kalkulierte einseitige Abrüstungsmaßnahmen“. Sie werfen der FDP vor, sich der Supermacht USA unterzuordnen, so wie die DKP sich vor der Sowjetunion beuge. Die Jusos arbeiten so an dem Image der SPD sowohl als „Friedenspartei“, wie auch als einzig wahrhaft nationaler Partei. (Peter Glotz bedankte sich natürlich für den Bärendienst und zitierte Juso-Vorsitzenden Piecyk „schnellstmöglichst“ zu einem Gespräch über die Unterminierung der Koalition und die Unterstützung der angeblichen DKP-Initiative.)

Die DKP ist tatsächlich der eifrigste Werber für die Krefelder Erklärung, die auf der Ebene letzter verzweifelter Détente-Illusionen beruht – und eine friedliebende Bundeswehr fordert! Freundlich appellieren die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15./16. November 1980 „an die Bundesregierung“:

„... die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen... Die Entwicklung der Bundeswehr (soll) an dieser Zielsetzung orientiert (sein)“ (Hervorhebung von uns)

Den Schlüssel zu diesem neuen Lieblingskind der DKP bietet gerade die Formulierung „im Bündnis“: Krefeld und seine eifrigen Unterstützer der DKP akzeptieren die Bundeswehr und den antisowjetischen imperialistischen NATO-Block. Der kriecherische Pazifismus dieser Reformisten kommt ebenso

in ihrer Position für ein „Moratorium über die Stationierung neuer Raketen mittlerer Reichweite der NATO und der UdSSR“ zutage. Trotzisten verteidigen dagegen das nukleare Potential der UdSSR als notwendig zum Schutz der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten – aber sagen: „Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig“ für Bundeswehr und NATO.

Nationalkommunisten oder proletarische Internationalisten?

Für Kommunisten sollte es selbstverständlich sein, sich gegen das ideologische Gift von Appellen Marke Krefeld zu wenden, die vollgepumpt sind mit dem Vertrauen in den

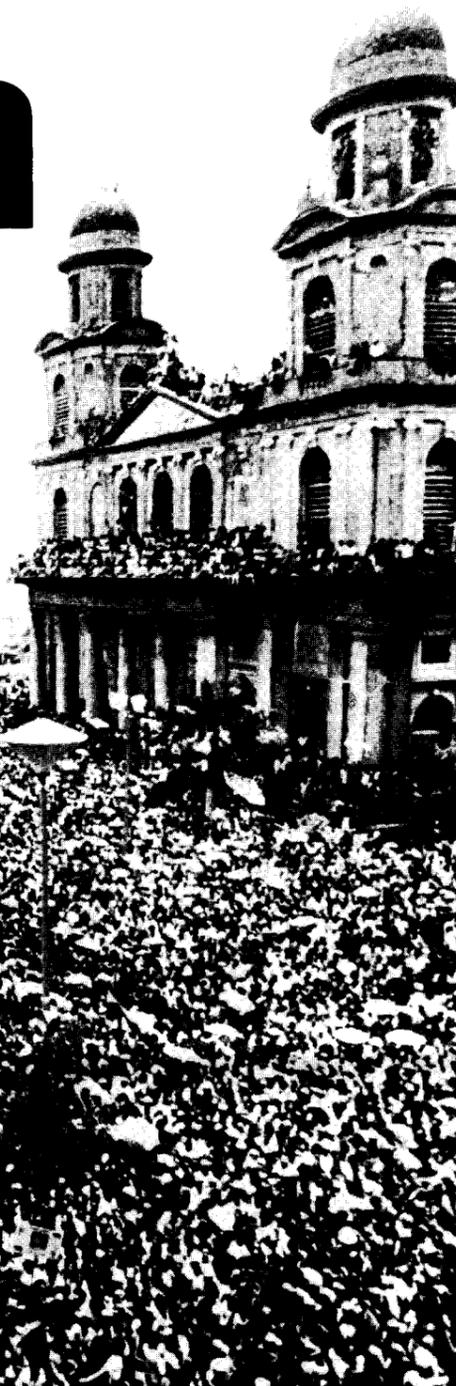
Fortgesetzt auf Seite 11



Pazifismus und Nationalborniertheit entwaffnen die Arbeiterklasse, nicht die Bourgeoisie

Der „Dritte Weg“ der Sandinistas: eine Sackgasse

Nicaragua auf des Messers Schneide



Soziale Revolution oder blutige Konterrevolution

Wir drucken hier die erweiterte und redigierte Version der zweiten Hälfte einer Rede ab, die Jan Norden, Chefredakteur von Workers Vanguard und Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., kürzlich in Boston und New York unter dem Titel „Für Arbeiterrevolution in Zentralamerika“ hielt. Die erste Hälfte wurde in der letzten Ausgabe des Spartakist, Nr. 36, abgedruckt.

In Nicaragua übernahm die Frente Sandinista de Liberación Nacional, die FSLN, im Juli 1979 die Macht, nachdem sie den Diktator Anastasio Somoza gestürzt hatte. Und wenn El Salvador das klassische Beispiel für ein oligarchisch regiertes Land ist, dann war Nicaragua das klassische Beispiel eines Marionettenregimes. Vielleicht klingt das wie linke Phrasen; aber Somoza Nummer eins wurde von Franklin Roosevelt eingesetzt – ein Produkt seiner sogenannten „Politik der guten Nachbarschaft“. Erinnert euch an den berühmten Kommentar von Roosevelts Minister Cordell Hull: mag sein, daß Somoza ein Hundesohn ist, „aber er ist unser Hundesohn“. Und als Jimmy Carter begann, über „Menschenrechte“ zu reden und klarmachte, daß die USA nicht intervenieren würden, war es mit Somoza Nummer drei aus. Es dauerte

nur ein paar Monate und er war weg vom Fenster. Er war eine echte Marionette und Washington der Puppenspieler, und das trifft nicht nur auf die Somozas zu. Die salvadorianische Bourgeoisie ist stolz darauf, daß sie nie die Ledernacken zu Hilfe gerufen hat. Aber Nicaragua ist seit 1855 viermal von US-Truppen überfallen worden; Somoza III. war nur der letzte einer langen Reihe.

Er war auch in fast wörtlichem Sinne ein blutsaugender Diktator. Nach dem Erdbeben in Managua 1972 entschied Somoza, daß seine große Chance gekommen sei, der traditionellen nicaraguanischen Bourgeoisie eins auszuwischen. Er enteignete die gesamte amerikanische humanitäre Hilfe und zwang sie stattdessen, zwecks Wiederaufbau seinen eigenen Grundbesitz um die Städte aufzukaufen. Und er versuchte mit allen anderen möglichen Mitteln, seinen Klan auf Kosten nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Land- und Fabrikeigentümer zu bereichern. Eines seiner Unternehmen, eine Gesellschaft namens Plasmaférisis, versuchte, mit einem zusätzlichen Exportprodukt neben Kaffee und Baumwolle Nicaraguas Devisenprobleme zu lösen, und zwar mit Blut. Es begann in großem Ausmaß Blut in

die Vereinigten Staaten zu exportieren. Dann gab es da noch Howard Hughes, der seine letzten Jahre im obersten Stockwerk des Managua Intercontinental Hotels verbrachte, während seine Fingernägel immer länger wuchsen. Den Botschafter der USA konnte man eher mit einem Statthalter vergleichen. Nixon ernannte Shelton Turner, einen Freund von Bebe Rebozo. Er freundete sich so mit Somoza an, daß der Tyrann Turners Bild auf die Drei-Dollar-Noten drucken ließ. Wenn ihr also eine klassische US-Marionette sucht, eine blutsaugende Diktatur, soviel wert wie eine Drei-Dollar-Note, schaut euch Nicaragua unter Somoza an.

Die Sandinistas kamen durch einen wirklich nationalen Aufstand an die Macht, an dem sogar die gesamte Bourgeoisie außer der Somoza-Familie und deren Privatarmee, der Nationalgarde, teilnahm. Aber die wirkliche Macht dieses Aufstandes lag in den Händen der FSLN, der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront, einer Bewegung, die im großen und ganzen Fidel Castros Bewegung des 26. Juli ähnelte: eine bonapartistische Kraft, eine Guerillaarmee an der Macht, die nicht fest mit einer bestimmten Eigentumsform verbunden ist. Der Marxismus lehrt, daß der Kapitalismus sich auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln gründet und daß die Arbeiterklasse nur auf der Basis des kollektivierte Eigentums herrschen kann. Aber die Kleinbourgeoisie hat keine charakteristische Produktionsform. Das Ergebnis davon ist, daß sie, wenn sie an die Macht kommt, entweder nicht weiß, wie's nun weitergehen soll oder aber schnell vertrieben wird. Die Kleinbourgeoisie, eine Zwi-

schenklasse ohne klares Klasseninteresse, mit starken inneren Widersprüchen und desorganisiert, ist im allgemeinen nicht fähig, in politischen Kämpfen eine führende Rolle zu spielen. Gewöhnlich fällt diese Aufgabe der Arbeiterklasse oder bürgerlichen Kräften zu.

Unter bestimmten außergewöhnlichen Umständen jedoch kann die Kleinbourgeoisie an der Spitze einer radikaldemokratischen Bewegung an die Macht kommen. In diesem Fall gab es die Schwäche der einheimischen Bourgeoisie, das Proletariat trat nicht als unabhängiger Faktor auf, und der Imperialismus verhielt sich teils feindselig, teils abstentionistisch. Aber der Ausgang ist nicht festgelegt; die Entwicklung kann in zwei mögliche Richtungen verlaufen. Es gibt zum Beispiel den Fall von Algerien, wo eine nationale Unabhängigkeitsbewegung unter kleinbürgerlicher Führung die Macht ergriff. Die früheren Kolonialherren versuchten, sie aufzukaufen. De Gaulle machte das Angebot, alle ehemaligen Kolonial-Landherren auszuzahlen, Algeriens gesamte Weinernte aufzukaufen und Langzeitverträge für algerisches Gas und Erdöl abzuschließen. Und am Ende war Algerien eine französische Neokolonie. Zuerst gab es unter Ben Bella eine Regierung mit linker Rhetorik, aber dann wurde er durch den entgegenkommenderen Boumedienne ersetzt. Das ist also die eine mögliche Entwicklung.

Dann gibt es den kubanischen Weg, wo es zur Enteignung der Bourgeoisie kam und damit die Basis für einen deformierten Arbeiterstaat gelegt wurde. Das heißt, seit Ende 1960 existieren in Kuba die Eigentumsformen eines Arbeiterstaates, aber an der Spitze sitzt eine herrschende Schicht, eine herrschende „Kaste“ analog zur stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion, die die russischen Arbeiter politisch enteignete, deren Grundlagen aber die sozial-ökonomischen Errungenschaften der Oktoberrevolution sind. Und im Falle Kubas schlug der US-Imperialismus einen anderen, weniger versöhnlichen Kurs ein. Er zwang Castro mit dem Rücken an die Wand und stellte ihn vor die Alternative, sich entweder selbst oder aber die kubanische kapitalistische Klasse auf revolutionäre Weise zu vernichten – und zwar nicht nur die Leute, die sich unter der Batista-Diktatur am meisten kompromittiert hatten. Das also ist ein zweiter möglicher Weg. Es ist bestimmt nicht der Weg, zu dem Castro den Sandinistas rät: erinnert euch nur an seine Erklärung, kurz nachdem die FSLN die Macht übernommen hatte, daß Nicaragua kein „zweites Kuba“ sein würde. Und das ist auch nicht die einzige Alternative. Es existiert die sehr reale Möglichkeit einer von den Imperialisten angezettelten Konterrevolution. Und es gibt unseren Weg, nicht den bürokratischen Umsturz der kapitalistischen Eigentumsformen, sondern eine wirkliche Arbeiterrevolution, geführt von einer trotzkistischen Partei.

Reagan hat gesagt, Nicaragua sei schon „an den Marxismus verloren“. Wenn er versucht, das Gleiche zu tun wie Eisenhower, könnte die kleinbürgerliche sandinistische Führung gezwungen sein, weiter zu gehen, als sie beabsichtigte, und die Bourgeoisie zu enteignen. Möglicherweise gäbe es auch eine Spaltung in der FSLN. Zur Zeit ihres Sieges war die stärkste Fraktion, die sogenannten Terceristas (die für den „Dritten Weg“ eintreten), für ein strategisches Bündnis mit der „Anti-Somoza-Bourgeoisie“. Aber warum sollte die Reagan-Administration so handeln, warum sollte sie keinen Ausgleich suchen? Nun, eins ist klar, sie hat nicht vor, auch nur das kleinste Stück Land an die proletarische Revolution zu verlieren. Sie will mit den Sandinistas militärisch fertigwerden, nachdem die radikaleren linken und Arbeiter-Bauern-Kräfte in El Salvador zerschlagen sind. Im Fall von Kuba spielte ein gewisses Element von Fehlkalkulation der Bourgeoisie mit; heute betreibt Washington eine weltweite und großangelegte Kampagne gegen sein größtes Feindziel – Rußland. Also glaubt nicht, daß es hier nicht passieren kann. Es ist absolut nicht unmöglich, daß eine von der CIA unterstützte Invasionstruppe das Land überfällt. Und die einzige wirksame Vorbereitung, um dem zu begegnen, ist revolutionäre Mobilisierung.

Die sandinistische/bürgerliche Regierung

Die Situation Nicaraguas ist also ähnlich wie die Kubas ab 1959, aber das Ergebnis ist

dadurch nicht vorherbestimmt. Ich möchte etwas über die Geschichte der letzten anderthalb Jahre erzählen, seit dem 19. Juli 1979, um zu zeigen, welche Politik die sandinistische Befreiungsfront durchzuführen versuchte. Zunächst einmal arbeiteten sie in der Periode kurz vor dem Sturz Somozas, Anfang Juli 1979, in San José, Costa Rica, ein Abkommen mit der Anti-Somoza-Bourgeoisie aus. Im wesentlichen war das ein Programm, um den Kapitalismus ohne Somoza aufrechtzuerhalten, es enthielt einen Staatsrat mit bürgerlicher Mehrheit und ein Abkommen, daß die Armee in irgendeiner Form aufrechterhalten bleiben sollte. Insbesondere sollten „ehrlische“ Offiziere und Soldaten der Nationalgarde, die nicht in irgendeiner Massaker verwickelt gewesen waren, in die neue Armee integriert werden. Und schließlich enthielt das Programm eine Vereinbarung über eine „gemischte“ Wirtschaft, das heißt Garantien für die Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Nur der Besitz des Diktators und seiner Anhänger sollte nationalisiert werden.

Dieses Abkommen bestand also am Vorabend der Machtübernahme. Sofort danach gab es aber eine wichtige Veränderung. Die Nationalgarde zerfiel, sobald Somoza das Land verlassen hatte. Die Nationalgardisten stellten eine sehr einfache Berechnung an: 50 000 Menschen waren in diesem Krieg gestorben, und es gab nur 5000 in der Armee. Auf jedes Mitglied der Nationalgarde kamen also zehn Witwen oder Mütter, die seinen Tod wünschten. Da machten sie sich lieber über die Grenze nach Honduras davon. Das war die erste und grundlegende Sache, die passierte: von nun an lag die wirkliche Macht in den Händen der sandinistischen Armee, in diesem Punkt wurde das Abkommen mit der Bourgeoisie nicht eingehalten.

Auf der Ebene der Junta und der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus existierte jedoch von Anfang an eine Koalition. Von den fünf Mitgliedern der Junta sind zwei bürgerliche und nicht Mitglieder der Sandinistischen Befreiungsfront. Ursprünglich war einer dieser beiden Alfonso Robelo, der Speiseölkönig von Nicaragua, die andere Violeta Chamorro, Witwe des Herausgebers einer bürgerlichen Anti-Somoza-Zeitung, *La Prensa*. Pedro Joaquín Chamorro war Anfang 1978 von Gusano-Killern, trainiert von der CIA und bezahlt von Somoza, umgebracht worden. Zusätzlich gibt es in der Regierung selbst eine ganze Anzahl bürgerlicher Kräfte. Nicht weniger als neun Priester sind Mitglieder der Regierung; Ernesto Cardenal zum Beispiel ist Minister für Kultur und Miguel D'Escoto, ein Priester aus dem Maryknoll-Orden, ist Außenminister. Außerdem gibt es eine Menge bürgerlicher Fachleute der einen oder anderen Sorte, vor allem im Wirtschaftsministerium. Was also die politische, die Regierungsebene betrifft, so haben wir von einer sandinistischen/bürgerlichen Regierung gesprochen.

In Nicaragua existiert jedoch im Augenblick kein wirklicher bürgerlicher Staat im marxistischen Sinne, das heißt eine Klassenformation, die dem Schutz des Privateigentums verpflichtet ist. Es gibt ein kleinbürgerliches Regime, das im wesentlichen aus der sandinistischen Armee besteht, und „Re-

gierung“ muß man fast in Anführungszeichen setzen, weil sie nicht die wirkliche Macht hat. Aber sie ist Ausdruck der Bestrebungen seitens der Sandinistas, dem zu folgen, was sie als den „Dritten Weg“ ansehen. Diese Situation, wie sie im August 1979 bestand, hielt im wesentlichen bis Mai letzten Jahres an. Zu diesem Zeitpunkt drohten die bürgerlichen Kräfte, aus dem Staatsrat auszuziehen. Wie ich schon sagte, sollte dieser Rat ja ursprünglich eine bürgerliche Mehrheit haben, aber in der Zwischenzeit hatten die Sandinistas die Spielregeln neu festgelegt, und jetzt gab es eine Mehrheit der von der FSLN geführten oder dominierten Organisationen plus dem größten Teil der unabhängigen Gewerkschaften usw. Das Ergebnis war, das die beiden bürgerlichen Mitglieder der Junta, Chamorro und Robelo, zurücktraten, und die kapitalistischen Vertreter drohten, aus der ersten Sitzung des Staatsrates auszuziehen.

In dieser ziemlich angespannten Situation war das Regime im wesentlichen auf seinen Kern, eine sandinistische Regierung, reduziert. Aber die Antwort der FSLN war, sich noch zwei bürgerliche Figuren zu suchen, Arturo Cruz und Rafael Córdova. Cruz war Direktor der Zentralbank und früherer Repräsentant der US-amerikanischen „Inter-American Development Bank“; Córdova war Mitglied des Obersten Gerichtshofes. Und beide sind Mitglieder der Demokratischen Konservativen Partei, Vertreterin der Interessen der Landeigentümer, deren Symbol ein Dreieck mit der Inschrift „Gott – Ordnung – Vaterland“ ist. Die FSLN hat also versucht, auf der politischen Ebene die gleiche Situation wie zuvor wiederherzustellen. Im letzten November verließen die bürgerlichen Kräfte dann tatsächlich den Staatsrat (Cruz und Córdova blieben). Der angebliche Grund ihres Boykotts war die Ankündigung der Regierung (vom August), die Wahlen bis 1985 aufzuschieben. Die kapitalistischen Parteien forderten mittlerweile sofortige Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung, mit dem Ziel, die Sandinistas aus der Macht zu vertreiben.

Aber es gab noch mehr ominöse Aspekte. Der Boykott war verbunden mit einer großen, gegen die Regierung gerichteten Versammlung, organisiert von der Nicaraguanschen Demokratischen Bewegung (MDN) Robelos, der jede seiner Bewegungen vorher mit dem State Department abstimmt. Gleichzeitig gab es Verschwörungen im Land, konzentriert in der sandinistischen Armee, und bewaffnete Übergriffe von jenseits der honduranischen Grenze. Zwei Tage vor der MDN-Versammlung wurde der Vizepräsident des Unternehmerverbandes COSEP, Jorge Salazar, getötet, als er sich der Verhaftung durch Regierungstruppen unter der Anklage konterrevolutionärer Aktivitäten widersetzte. Zur gleichen Zeit überfielen Ex-Mitglieder der Nationalgarde Somozas einen nicaraguanischen Grenzposten. Ungefähr einen Monat zuvor, Anfang Oktober, hatte es unter reaktionärer Führung Massenproteste von mehr als tausend Leuten gegeben, die mehrere Tage lang die Küstenstadt Bluefields lahmlegten. Bluefields ist die größte Stadt der englischsprachigen Region an der karibischen Küste Nicaraguas, mit einer hauptsächlich schwarzen und indianischen



Sandinista-Führer marschieren auf dem utopischen und selbstmörderischen „Dritten Weg“

Bevölkerung. Die Demonstranten wurden von einer lokalen separatistischen Bewegung angeführt und protestierten gegen die Anwesenheit einiger Dutzend kubanischer Lehrer und Ärzte.

Es gibt keinen Dritten Weg!

Die FSLN versucht zwar immer noch, politisch eine Balance zu halten, aber zur gleichen Zeit zieht sich die Bourgeoisie von ihr zurück, was zu einer prekären Situation führt, in der die Sandinistas gezwungen sein könnten, etwas zu tun, was sie gar nicht tun wollten. Bislang bleibt Nicaraguas Wirtschaft überwiegend in Privatbesitz. Die veröffentlichten Daten sagen aus, daß 60 bis 70 Prozent der Wirtschaft dem privatkapitalistischen Bereich zufallen und daß diese Zahl in den wichtigsten Sektoren sogar noch höher liegt: 75 Prozent in der Industrieproduktion und 80 Prozent in der Landwirtschaft. Diese Daten gelten für 1980, das „Jahr der wirtschaftlichen Wiederbelebung“, wo argumentiert wurde, man müsse die Kapitalisten stärken, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. 1981 soll das „Jahr der Produktion und Verteidigung“ sein, da Nicaragua sich rüstet, einer möglichen konterrevolutionären Invasion zu widerstehen. Nichtsdestoweniger stellte in einem kürzlichen Wirtschaftsbericht der Landwirtschaftsminister, Comandante Jaime Wheelock, klar, daß die grundlegenden ökonomischen Besitzverhältnisse sich 1981 nicht ändern werden.

Wheelock nannte das in seiner Rede eine „nationale Einheit neuen Typs“. Das ist die Achse der FSLN-Politik. Es spiegelt die Haltung wider: „Wir sind doch alle patriotische Nicaraguaner, wir alle haben gegen Somoza gekämpft“. Ein Beispiel, das, denke ich, das Wesen des gegenwärtigen „neuen Nicaragua“ gut darstellt, ist das der Zeitungen. Es gibt drei Tageszeitungen im Land. Der Herausgeber von *La Prensa*, dem Organ der bürgerlichen Opposition, ist ein weiterer Pedro Chamorro. Dann gibt es *El Nuevo Diario*, die das Sandinista-Regime kritisch unterstützt, herausgegeben von Xavier Chamorro. Und schließlich ist das noch die Zeitung der FSLN, *Barricada*, herausgegeben von ... Carlos Chamorro. Ein Fall von „es bleibt alles in der Familie“. Aber das wird nicht ewig so weitergehen.

Nun, ökonomisch hat Nicaragua im letzten Jahr außerordentlich gute Fortschritte gemacht. Die Arbeitslosigkeit fiel von einem Drittel der gesamten arbeitenden Bevölkerung auf 17 Prozent. Die Produktion stieg um 19 Prozent. Der Plan wurde zu 99 Prozent erfüllt – eine ganz schöne Leistung für ein Land, das sich gerade aus den Verwüstungen eines Bürgerkriegs herausarbeitet. In der Landwirtschaft lag der Export von Kaffee und Baumwolle nahe den gesteckten Zielen, und bei der Produktion von Grundnahrungsmitteln gab es die größte Ernte in der Geschichte des Landes. Das ist ziemlich bemerkenswert. Wie kommt es dazu? Nun, der Grund dafür, daß die nicaraguanische Regierung sich in der letzten Periode ökonomisch behaupten konnte, lag in dem gewaltigen Ausmaß ausländischer Hilfe. Washington gestand 75 Millionen Dollar zu und zog sie dann wieder zurück, aber Kuba, die Sowjetunion und europäische Länder wie die Bundesrepublik und Schweden brachten im letzten Jahr insgesamt fast 500 Millionen Dollar

auf. Und die Bankiers waren „freundlich“. Ein Konsortium von 13 Banken verhandelte im letzten September erneut über Nicaraguas Auslandsschulden in Höhe von einer halben Milliarde Dollar und bewilligte niedrige Zinssätze und einen fünfjährigen Zahlungsaufschub, solange Managua zustimmt, die Anleihen, die die korrupte Somoza-Diktatur gemacht hat, auf Handelsbasis zurückzuzahlen.

Schlußfolgerung: Während Reagan gegenüber den Sandinistas eine Politik der Härte verfolgt, woll(t)en nicht nur die Carter-Administration, die Sowjets und entspannungsfreudige Sozialdemokraten, sondern auch die multinationalen Konzerne und großen imperialistischen Banken den algerischen Weg gehen. Und genau darauf haben natürlich die FSLN-Führer gezählt als Basis für ihren erhofften „Dritten Weg“. Aber wenn es irgendetwas beweist, dann nur, an welchem dünnem Faden ihre Hoffnungen hängen. In den Händen der Imperialisten ist eine solche eindeutig kapitalistische Wirtschaft natürlich eine gewaltige Waffe, trotz all dem Gerede der Sandinistas über „nationale Einheit“. Denn wenn es hart auf hart kommt, kann die einheimische Bourgeoisie dem Druck ihrer Yankee-Herren nicht widerstehen und wird einem gemeinsamen kapitalistischen Klasseninteresse gehorchen. Da liegt nämlich genau der Fehler des stalinistischen Mythos der Revolution in Etappen – in dieser Epoche gibt es nicht so etwas wie eine „antiimperialistische nationale Bourgeoisie“, wie die FSLN bald entdecken wird, also kann es auch nicht eine „antiimperialistische Etappe“ geben. Und indem die Sandinistas die ökonomische Macht der Bourgeoisie intakt lassen, verbessern sie die Aussichten der kapitalistischen Herrschaft, sich wieder zu stabilisieren.

Darüber hinaus halten sie nicht nur die kapitalistische „gemischte Wirtschaft“ aufrecht, sondern verteidigen sie gegen jede Herausforderung seitens der Linken. Folgendes sagte der FSLN-Führer Jaime Wheelock vor einer Massenversammlung von 100 000 Menschen auf dem Sandino Plaza in Managua letzten November, zur gleichen Zeit, als die Rechte versuchte, durch kontinuierlichen Druck einen Angriff zu starten:

„Wenn wir ihnen zeigen wollten, wie populär die Ideen des Sandinismus und der Revolution sind, wäre es sehr einfach, den Arbeitern und Bauern zu sagen: Von heute an gehören die Haciendas und die Fabriken des Landes euch. Setzt sie in Betrieb. Und ihr werdet wissen, wie man sie in Betrieb setzt, mit eurer Erfahrung und eurem patriotischen Eifer.“

Eine gute Idee, was? Das dachten die Zuhörer auch, denn ein chilenischer Journalist berichtete im *Manchester Guardian Weekly* (1. Februar): „An diesem Punkt wurde er von einem gewaltigen Beifallssturm unterbrochen, und er mußte hastig hinzufügen“:

„Aber das ist nicht die Position eines revolutionären Führers, der die Dinge vom Standpunkt der Nation aus sehen muß, über Parteifahren und Manöver hinweg.“ (*El futuro es del pueblo, la burguesía reaccionaria jamás retornará al poder*, 19. November 1980)

Also werden sie im Interesse von „nationaler Einheit“ und „Patria“ nicht die Fabriken und Haciendas enteignen und sie den Arbeitern

Fortgesetzt auf Seite 8



Managua, 19. Juli 1979: Jubel nach dem Sturz des blutigen Schlächters Somoza

Nicaragua...

Fortsetzung von Seite 7

übergeben. Und diese Politik verfolgen sie sehr bewußt.

Arbeiter gegen Sandinistas

Das hat zu einer Reihe von Vorfällen in den letzten paar Jahren geführt. Der erste, unmittelbar nach der Machtübernahme der Sandinistas, war der Zusammenstoß mit der sogenannten Simón-Bolívar-Brigade, die von einem Pseudotrotzkisten namens Nahuel Moreno geführt wurde. Wir haben ihn das Chamäleon der trotzkistischen Bewegung genannt, weil er dauernd seine Farbe wechselt. Manchmal erscheint er als Peronist, manchmal ist er ein Maoist, und in diesem speziellen Fall wollte er als Sandinista durchgehen. Das Ganze war tatsächlich eine Art von Kombination aus abenteuerlichem Manöver und reformistischer Pressure-Taktik, aber sie organisierten mehrere tausend Arbeiter aus der Region Managua, die mit großen Plakaten: „Alle Macht dem Proletariat“ vor das Hauptquartier der FSLN zogen. Und daß so etwas überhaupt möglich war, ist eine bedeutsame Tatsache. Die Antwort der Sandinistas war, die Leute zu verhaften, zu verhören und sie dann nach Panama auszuweisen, wo sie von der bürgerlichen Polizei des General Torrijos zusammengeschlagen wurden. Das also war die erste Antwort der Sandinistas auf eine linke Opposition.

Etwas zur gleichen Zeit verboten sie vorübergehend die Zeitung einer ex-maoistischen Gruppe namens Frente Obrero (FO – Arbeiterfront). Die Zeitung hieß *El Pueblo*, und sie wurde verboten, weil sie zu Landbesetzungen aufgerufen hatte. Dann ließen sie sie wieder zu, aber im Herbst 1979 wurde der Herausgeber von *El Pueblo* verhaftet, ebenso wie Mitglieder einer kleinen nicaraguanischen Gruppe, die sich als Trotzkisten bezeichneten. Die Spartacist League/U.S. protestierte gegen diese Verhaftungen. Nach ein paar Wochen wurden sie freigelassen, und im Januar wurden die Führung von Frente Obrero und der Herausgeber von *El Pueblo* erneut verhaftet, die Zeitung verboten, diesmal anscheinend endgültig. Die Anklagen lauteten auf „unerlaubten Waffenbesitz“ und „Sabotage der Produktion“. Nun, und was bedeutet das wirklich? Frente Obrero hat an den Kämpfen gegen Somoza teilgenommen. Nebenbei bemerkt, wenn sie keine Waffen hätten, wären sie so ziemlich die einzigen unbewaffneten Leute im ganzen Land. „Störung der Produktion“, nun, ihr wißt, was das heißt, nämlich *Streiks*. Vier Führer von Frente Obrero wurden von der sogenannten „revolutionären“ Justiz der FSLN zu einigen Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Im Februar 1980 führte FO einen Streik in der Zuckermühle von San Antonio an, der größten Zuckermühle in ganz Nicaragua – 70 Prozent des gesamten Zuckers des Landes werden dort produziert. Die Antwort der Regierung war, den Streik zu brechen und einige der FO-Führer zu verhaften, obwohl man sie schließlich laufen ließ. Die Apologeten der FSLN liefen herum und tönnten über die „friedliche Lösung“ des Konflikts. Die gleiche Zuckermühle in San Antonio streikte jedoch im November erneut, wegen der gleichen Fragen, nur diesmal unter der Führung der christlich-demokratischen Gewerkschaft. Und wieder wurde der Streik von den sogenannten Revolutionären der FSLN gebrochen.

Dann gibt es da eine andere Gruppe, die Kommunistische Partei Nicaraguas (PCN), und ihre Gewerkschaftsgruppe, die sich CAUS nennt (Zentrum für gewerkschaftliche Aktion und Einheit). Sie sind eine Abspaltung der Sozialistischen Partei Nicaraguas, der PSN, der größten Pro-Moskau-Gruppe. Die PCN neigte eine Zeitlang dem Maoismus zu, aber im wesentlichen sind sie eine Art dissidenter Pro-Moskau-Gruppe gewesen. Sie standen an der Spitze verschiedener Textilgewerkschaften in der Hauptstadt. Währenddessen kontrollierte die PSN, die harten Moskau-Unterstützer, durch ihre Gewerkschaftsgruppe CGT-i (Allgemeine Arbeiterföderation – unabhängig) die Bauarbeiter. Und im Januar 1980 begannen die Bauarbeiter Managuas und 18 Textilfabriken einen Streik gegen die Regierung.

Die Antwort der FSLN war, die Führer der PCN und CAUS zu verhaften und den Streik zu brechen. Sie wurden mehrere Monate lang festgehalten, und schließlich ließ man die meisten frei, während einige einjährige Gefängnisstrafen erhielten. Der PSN erging es besser, vielleicht weil sie einem Bündnis zur Unterstützung der Regierung beitrug, der Nationalen Patriotischen Front.

Was ich zeigen will, ist, daß es in der nicaraguanischen Arbeiterklasse beträchtliche Unruhe gegeben hat. Es gibt dort nicht sehr viel an Arbeiterklasse, aber wie es aussieht, stehen die aktivsten Elemente nicht unter der Kontrolle der sandinistischen Bewegung. Und das ist kein Zufall. In Kuba war der Kampf gegen Batistas Söldnerarmee hauptsächlich auf die Berge und östlichen Provinzen beschränkt, der einmalige Versuch eines Generalstreiks schlug fehl. Anders in Nicaragua: dort gab es wiederholt allgemeine Arbeitsniederlegungen und Aufstände, die nicht vollständig unter sandinistischer Kontrolle standen. Die plebejischen Massen haben eine Schlüsselrolle gespielt, als sie in der Endoffensive Straßenschlachten in Managua und anderen Städten führten, während die regulären FSLN-Truppen im Süden aufgehalten wurden. Es ist nicht so einfach, sie jetzt niederzuhalten, nachdem sie eine aktive Rolle beim Sturz des Diktators gespielt haben.

Aber die Arbeiter und die Armen der Städte, die an den Kämpfen teilnahmen, waren Hilfskräfte der kleinbürgerlichen sandinistischen Guerillas und ihres Bündnisses mit der „Anti-Somoza-Bourgeoisie“ und stellten keine *unabhängige* Kraft der Arbeiterklasse dar. Es wird immer offensichtlicher, daß das FSLN-Programm der „nationalen Einheit“ eine Sackgasse ist, aber das wichtigste Element für eine Arbeiterrevolution fehlt immer noch. Was vor allen Dingen nötig ist, ist eine leninistisch-trotzkistische Partei, wie im *Oktober 1917*. Es ist nicht undenkbar, daß bei einer scharfen Klassenpolarisierung Teile der sandinistischen Bewegung auf die Seite der Arbeiter übergehen. Aber sie werden eine solche Polarisierung nicht anführen, und wir haben gerade gesehen, daß sich diese Bonapartisten jeder Art von Organisation der Arbeiterklasse außerhalb ihrer Kontrolle feindlich entgegenstellen.

Darüber hinaus geben sie Bourgeoisie und imperialistischer Reaktion einen gewaltigen Hebel in die Hand, indem sie die kapitalistische Wirtschaft aufrechterhalten. Im letzten Jahr waren sie auf ökonomischem Gebiet erfolgreich. Das Problem ist, daß das gleichzeitig die Macht der Bourgeoisie vergrößert, denn in dem Maße, in dem sie wieder einen ökonomischen Einfluß erringt, wächst ihre politische Macht über die Massen. Wenn ihr ein Beispiel dafür haben wollt, wofür diese Art ökonomischer Druck benutzt worden ist, seht euch nur Chile an. Nixon sagte damals zu seinem Botschafter: „Laß die Wirtschaft aufschreien“. „Erster Gang“ nannten sie das, ihr werdet euch an diese Sprüche erinnern. Und sie hatten Erfolg. Ende 1972 und 1973 gab es zum Beispiel die Mobilisierung der kleinen Lastwageneigentümer, alle Transporte zu stoppen, was im wesentlichen eine Aushungerung der Bevölkerung bedeutet. Und sobald der Massentransport gestoppt war, sobald man keinen Reis mehr in den Läden kaufen konnte, sobald die Inflation auf 300 Prozent stieg, geriet die Kleinbourgeoisie

in eine Verzweigungsstimmung.

Dann kommt der „zweite Gang“. Wie wir aus Deutschland und Italien wissen, ist die verzweifelte Kleinbourgeoisie eine Brutstätte für die Reaktion. Und ihr könnt überzeugt sein, daß Reagan schon einen „zweiten Gang“ für Nicaragua vorbereitet hat. Das Land lebt von der Hand in den Mund, und wenn die Vereinigten Staaten es wollen, können sie die Wirtschaft Zeter und Mordio schreien lassen. So war zum Beispiel die wichtigste Sache, die Reagan in den letzten paar Wochen getan hat, nicht die Streichung jeder Hilfe – damit hatten die Sandinistas sowieso gerechnet –, sondern der Stop aller Weizenlieferungen nach Nicaragua. Punkt. Das bedeutet, daß von März an niemand mehr in Nicaragua Brot essen wird. Ihr könnt euch vorstellen, welchen Einfluß das auf die „nationale Einheit“ haben wird.

Für permanente Revolution!

Der Versuch der Sandinistas, in Nicaragua einen Dritten Weg zu gehen, läßt der imperialistischen Subversion freie Bahn, die das Ziel hat, den Arbeitern und Bauern mit blutigem weißem Terror die Kehle durchzuschneiden. Wie in El Salvador muß in Nicaragua das Programm darin bestehen, mit der Bourgeoisie zu brechen, die Arbeiter für ein *Klassenprogramm* zu mobilisieren, alle Ausbeuter zu enteignen. Das heißt, nicht nur an die „demokratischen“ Fragen heranzugehen wie den Sturz des Tyrannen Somoza usw., sondern die Bande des Imperialismus zu zerbrechen und alle die Großgrundbesitzer und Fabrik-eigentümer hinwegzufügen, die die Massen zu einem Leben in Armut verdammen, sei es nun durch Lohnsklaverei oder durch Landhunger. Das erfordert eine proletarische kommunistische Führung, eine trotzkistische Partei, die für die permanente Revolution kämpft, für Arbeiter- und Bauernregierungen in der ganzen Region und eine sozialistische Föderation von Mexiko und Zentralamerika.

Kann man spezifischer sagen, welche in diese Richtung weisenden konkreten Übergangsforderungen Trotzkisten zur Zeit in Nicaragua aufstellen würden? Nun, ein Element wäre sicherlich die Unterstützung der Kämpfe der Arbeitermassen gegen ihre Ausbeuter, anstatt zu versuchen, sie zu unterdrücken oder sie mit der Anti-Somoza-Bourgeoisie zu versöhnen, wie das die Sandinistas die ganze Zeit getan haben. Eine kommunistische Opposition zum gegenwärtigen kleinbürgerlichen Regime würde gleichzeitig versuchen, diese Kämpfe zu einer Großoffensive gegen die kapitalistische Macht auszuweiten und die Forderung nach allgemeiner Arbeiterkontrolle aufzustellen, die zur Enteignung der Kapitalisten als Klasse durch eine Arbeiter- und Bauernregierung hinleitet.

Okay, was sonst noch? Ihr dürft nicht vergessen, daß wir uns nicht vor Ort mit der Entwicklung in Nicaragua befassen können. Eine Sache ist jedoch klar, daß nämlich eine starke Entwicklung von Massenorganisationen der arbeitenden Bevölkerung stattgefunden hat. Zuerst gab es die sandinistischen Verteidigungskomitees. Das waren Nachbargewerkschaftsgruppen, aufgebaut nach dem Vorbild der kubanischen Komitees zur Verteidigung der Revolution. Und in allerjüngster Zeit haben die FSLN-Führer die Milizen, die

auf diesen Massenorganisationen basieren, ausgeweitet. Es gibt natürlich auch die verschiedenen Gewerkschaften, sowohl die CST-Föderation der Sandinisten als auch die anderen, über die wir gesprochen haben. Eine Schlüsselforderung müßte sein, die Massenorganisationen in einer repräsentativen Körperschaft zu vereinen – einer nationalen Arbeiterversammlung, einem Sowjet –, frei von Überwachung durch die Regierung und mit der Zusicherung der Arbeiterdemokratie für alle, außer den direkt konterrevolutionären Kräften. Zusätzlich rufen Trotzkisten zum Bruch mit den Repräsentanten der Bourgeoisie auf, zu einer Arbeiter- und Bauernregierung, die auf Räteorganen der proletarischen Herrschaft basiert.

Sicherlich gibt es viele andere Forderungen, die eine nicaraguanische trotzkistische Gruppe aufstellen würde: zum Beispiel gegen das kapitalistische Sparprogramm der erlogenen „nationalen Einheit“ von Ausbeutern und Ausgebeuteten oder für vollständige Bewaffnung von Arbeiter- und Bauernmilizen. Aber das wichtigste ist die grundlegende Methode und das Ziel: eine unabhängige bolschewistisch-leninistische Partei der unversöhnlichen Opposition, Arbeiter und Bauern an die Macht, proletarische Revolution als einziger Weg.

Nicaragua, Kuba, Sowjetunion

In Zentralamerika nähert sich die Situation ihrer Entscheidung, besonders was Nicaragua betrifft. Ein kleines Beispiel, das die Lage recht gut wiedergibt, konnte man im Januar am Jahrestag der Ermordung von Pedro Joaquín Chamorro beobachten, dem Herausgeber von *La Prensa*, der von Somozas Killern ermordet worden war. Aus diesem Anlaß gab es zwei Demonstrationen. Eine war pro-FSLN mit dem Hauptslogan „Nicaragua hat gesiegt, El Salvador wird siegen“. Und es fand eine Gegendemonstration der bürgerlichen Opposition statt, deren Hauptslogan war: „Jamaica hat gesiegt, Nicaragua wird siegen“. Nun, und in Jamaica hatte im Oktober die linke populistische Regierung von Michael Manley eine Wahlniederlage erlitten, teilweise weil sie als bürgerliche Regierung keine Jobs für die Massen der Arbeitslosen beschaffen konnte. Aber ein Grund war auch die Destabilisierung der Wirtschaft durch den internationalen Währungsfonds in Washington, der sich weigerte, Jamaica weitere Kredite zu gewähren und so alle Importe verhinderte. Das war praktisch eine Wirtschaftsblockade seitens der USA. Manley wurde also rausgeworfen und durch Edward Seaga ersetzt, der in Jamaica als CIA-Agent bekannt ist. Mit anderen Worten, die Parole der bürgerlichen Demonstranten war direkt konterrevolutionär.

Die Führer der Sandinistas stehen am Scheideweg, und die Frage, welche Straße sie einschlagen, stellt sich heute in Nicaragua mit aller Schärfe. Besonders akut ist die Frage der Unterstützung für die linken Aufständischen in El Salvador.

Und das ist nicht nur eine strategische Frage, denn die Salvadorianer finanzierten – mit den Millionen, die sie bei ihren Entführungen herauschlugen – einen großen Teil der Gewehre, die den Sturz Somozas durch die FSLN möglich machten. Es geht also auch um Abtragung einer revolutionären Schuld. Aber die Sandinistas sind immer noch im wesentlichen Nationalisten, und ihre Haltung zur benachbarten Revolution war – nun, ich glaube, „widersprüchlich“ ist noch das beste, was man dazu sagen kann. Wie ihr wißt, *bejubelte* die nicaraguanische Regierung die „Menschenrechtsjunta“, die Carter im Oktober 1979 in El Salvador einsetzte. Erst nach der Ermordung von Erzbischof Romero im März 1980 brachen sie mit der Junta und ließen den Guerillas Hilfe zukommen. Es gibt sogar Berichte, daß sie nicaraguanische Linke daran hinderten, sich den salvadorianischen Guerillas anzuschließen. Sie hielten sie an der Grenze auf und schickten sie zurück!

Vor kurzem hat es einen großen Ausbruch von Kalter-Kriegs-Propaganda aus Washington gegeben mit der Warnung an die nicaraguanische Regierung, den Linken in El Salvador keine Waffen mehr zu liefern, sonst ... Was war die Antwort aus Managua? Am nächsten Tag trat eines der bürgerlichen Mitglieder der nicaraguanischen Junta,

Diskussionsreihe der TLD

TROTZKISMUS – DER MARXISMUS UNSERER EPOCHE

Die Gewerkschaften in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus

Westberlin Dienstag, 26. Mai
Warum Kommunisten in den Gewerkschaften arbeiten. Welche Funktion hat die Gewerkschaftsbürokratie, und was verstehen Trotzkisten unter einer revolutionären Gewerkschaftsführung? Die ultralinke und klassenversöhnliche Variante von Gewerkschaftsarbeit der westdeutschen Linken.

Imperialistische Kriegshetze – Sozialismus oder radioaktiv verseuchte Barbarei

Frankfurt Donnerstag, 21. Mai
Warum Krieg im Kapitalismus unvermeidlich ist. Weshalb der Pazifismus die Arbeiterklasse und nicht die Bourgeoisie entwapnet. Warum sagen Kommunisten: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Wie kann der Faschismus geschlagen werden?

Westberlin Donnerstag, 11. Juni
Faschismus, Bonapartismus und parlamentarische Demokratie – Herrschaftsformen der Bourgeoisie. Gibt es eine demokratische Etappe im Kampf gegen den Faschismus? Verbotssapelle und „Rock gegen Rechts“ kontra Mobilisierung des Proletariats zur Zerschlagung der faschistischen Banden.

Ort und Zeit:

Frankfurt: 18.00 Uhr, Studentenhaus Jügelstraße (auf dem Unigelände, Nähe Bockenheimer Warte) Raum 105

Westberlin: 18.30 Uhr, Mehringhof, Hinterhaus, Aufgang 4, 2. Stock

El Salvador:

Militärischer Sieg den linken Aufständischen!



Workers Vanguard Foto

„Linke Rebellen müssen den Krieg gewinnen! Das Blut von El Salvador muß gerächt werden!“ Über 500 marschierten in Washington am 3. Mai im Anti-Imperialistischen Block, organisiert und initiiert von unseren Genossen der Spartacist League/U.S. und der Spartacist Youth League, in der Mammutdemonstration gegen die US-Intervention in El Salvador. Über 50 000 Menschen waren auf der Straße – aber nur der Anti-Imperialistische Block sagte das Selbstverständliche für Gegner des Terrors der Junta und des Imperialismus: *Wir haben eine Seite in El Salvador – Militärischer Sieg den linken Aufständischen!* Für Arbeiterrevolution in Zentralamerika! Die Verteidigung von Kuba und der UdSSR beginnt in El Salvador!

Die Demonstration war beherrscht vom Geist des Kennedy-Flügels der demokratischen Partei, organisiert von Reformisten wie der KP/USA und Workers World Party, die alles daran setzten, die Liberalen nicht zu vergraulen. Im Hauptblock der Demo war noch nicht einmal eine Fahne der linken Aufstän-

New York City, 18. April: Spartacist League mobilisiert für den Anti-Imperialistischen Block

dischen zu sehen – schließlich ist die FMLN für die Liberalen der *Feind*. Der Kennedy-Flügel der amerikanischen Bourgeoisie tritt für eine seiner Meinung nach erfolgversprechendere Sorte imperialistischer Politik als die der Reagan-Regierung ein: für eine „saubere“ politische Lösung ohne Militärintervention. Und die Reformisten folgen auf dem Fuße: sowohl die KP wie Workers World unterstützen Kennedys Gesetzentwurf für die Streichung *nur* der militärischen Hilfe an die Junta. Aber gerade die ökonomische Unterstützung ist noch lebenswichtiger für die Junta-Schlächter!

KP und Workers World wurden nur noch überboten von Michael Harringtons Sozialdemokraten – und der Socialist Workers Party. Während Harringtons Gruppe sich weigerte, die Demonstration mangels direkter Teilnahme von demokratischen Spitzenpolitikern zu unterstützen, denunzierte die SWP (Schwesterpartei der GIM) die Demonstration zum Pentagon *von rechts* als „konfrontationistisch“; sie würde „fast garantiert zu einer Konfrontation mit der Polizei oder Armee führen“ (*Militant*, 27. März).

Aus dem „radikal“-liberalen Demonstrationsumfeld ragte der Anti-Imperialistische Block als kommunistischer Pol hervor. Noch vor wenigen Jahren war „Anti-Imperialismus“ das Codewort euphorischer linker Solidarität mit den „Kämpfen der Völker der Dritten Welt“. Heute wird immer deutlicher, daß nur kommunistische Politik wirklich antiimperialistisch sein kann. Wer auf der Seite der Arbeiter und Bauern El Salvadors gegen den Imperialismus steht, muß für den militärischen Sieg der linken Aufständischen eintreten und sich gegen alle Versuche wenden, durch Volksfrontpolitik und Verhandlungen mit der Bourgeoisie die arbeitenden Massen auszuverkaufen. Wer für militanten Kampf gegen den Imperialismus ist, muß die Errungenschaften der kubanischen Revolution verteidigen und Reagans antisowjetische Kriegshetze zerschlagen! USA/OAS – Hände weg von El Salvador! Für Arbeiterrevolution in ganz Zentralamerika!

Arturo Cruz, im Fernsehprogramm der CBS auf und sagte, sie wollten keinerlei Aktivität unterstützen, die für die Sowjetunion in Zentralamerika hilfreich sei. Es klang wie General Haig. Er machte also klar, daß für diejenigen Bürgerlichen, die immer noch mit den Sandinistas zusammenarbeiten wollen, die Hilfe für die salvadorianischen Guerillas eine Spaltungsfrage ist – dort ziehen sie ihre Linie. Aber das tun nicht nur die Liberalen. Es gibt andauernd Berichte über Spannungen in der FSLN um diese Frage, die wir aber nicht nachprüfen können. Als jedoch die *New York Times* (15. Februar) einen „ranghohen“ Sprecher der Sandinistas danach fragte, sagte der: „Washingtons Botschaft ist laut und klar empfangen worden. Wir sind uns darüber im klaren, daß es politisch sehr kostspielig für Nicaragua ist, sich in El Salvador zu engagieren.“ Zweifellos ist das politisch sehr kostspielig. Aber wenn sie *nicht* helfen, die Revolution in der ganzen Region zu verbreiten, könnte sie das ihren Kopf kosten.

Was also werden die Sandinistas tun? Wenn es um militärische Fragen geht, sind sie im allgemeinen realistischer als bei ihrem Geschwätz über „nationale Einheit“ und „gemischte Wirtschaft“. Ihre erste Antwort auf die neue Reagan-Regierung war gewesen, die Milizen stark aufzustocken und zehntausende im Waffengebrauch auszubilden. Und sie haben erklärt, sie erwarteten während der nächsten Monate einen von den Imperialisten unterstützten Angriff. Was die politische Ebene betrifft, so haben sie angedeutet, daß sie unter Druck die bürgerlichen Mitglieder der Junta des Nationalen Wiederaufbaus fallen lassen würden und dann eine reine Sandinista-Regierung hätten. Aber die Basis einer solchen Regierung wäre die gleiche kapitalistische Ökonomie wie gegenwärtig und gleichermaßen anfällig für imperialistischen Druck. Mit anderen Worten, es wäre die gleiche in höchstem Maße instabile Situation wie in Kuba vom Sommer 1959 bis zum Sommer 1960.

Ausweitung der Revolution auf El Salvador, Enteignung der Bourgeoisie – diese Schritte sind unerlässlich, um nur das zu ver-

teidigen, was schon gewonnen ist. Aber selbst das ist nicht genug. Ein isolierter Arbeiterstaat in einem Winkel der amerikanischen Landenge wird niemals länger als für einen historischen Augenblick lebensfähig sein. Die Flammen müssen in ganz Zentralamerika aufgehen, wenn die Revolution irgendwo in der Region siegen soll. Und das ist ganz und gar nicht unmöglich. Die Guerillas in Guatemala haben zum ersten Mal die Unterstützung der indianischen Mehrheit gewonnen; Unterstützung aus der Arbeiterklasse haben sie schon lange. Weiterhin hat es in den letzten Monaten große Streiks der Bananenarbeiter in Honduras und Costa Rica gegeben. (Übrigens, im Januar hat Nicaragua endlich die Bananenplantagen der Standard Fruit Company enteignet und ist dadurch meines Wissens der erste zentralamerikanische Staat, der aufhört, eine „Bananenrepublik“ zu sein. Aber wenn diese Errungenschaft nicht ausgeweitet wird, werden sie bald merken, daß das ein Scheinsieg ist, denn die Multis kontrollieren den Markt.)

Eine solche Offensive würde die Dinge in ganz Lateinamerika ins Rollen bringen. Diktaturen vom Schlage Pinochets wären bedroht; es gäbe politische Streiks, riesige Masendemonstrationen usw. Auch in den Vereinigten Staaten, wo wir für gewerkschaftlichen Boykott von Militärgütern an rechte Militärdiktaturen in Mittelamerika aufgerufen haben. Während der letzten Woche der Carter-Regierung hat die ILWU, die Hafenerbeitergewerkschaft der Westküste, einen solchen Boykott beschlossen, zumindest auf dem Papier. Und es ist interessant, daß während des ganzen Vietnam-Kriegs in den USA dergleichen nicht passiert ist. Klassenkämpferische Gewerkschafter werden sicherlich dafür kämpfen, daß der Boykott wirklich durchgeführt wird, und das könnte einige scharfe Auseinandersetzungen mit der Regierung und möglicherweise mit der Gewerkschaftsbürokratie hervorbringen. Ein weiteres Schlüsselement wird die militante Solidarität der *mexikanischen* Arbeiterklasse sein, einschließlich Waffenhilfe für die salvadorianischen Rebellen. López Portillo mag Fidel

„mi comandante“ (mein Kommandant) nennen, aber die Arbeiter und Bauern, die gegen eine blutrünstige, von den USA bewaffnete Diktatur kämpfen, brauchen konkretere Hilfe als sowas. Und wie die Kapitalisten befürchten, könnten die Erschütterungen in Mittelamerika eine explosive Radikalisierung der mexikanischen Arbeiterklasse, eine der mächtigsten in ganz Lateinamerika, bewirken. Sie braucht eine trotzkistische Führung, die nicht zur Entspannung, sondern zum schärfsten internationalistischen Klassenkampf aufruft.

Und das führt uns zu Kuba und der Sowjetunion. Als Antwort auf die Anklagen der Reagan-Regierung haben sowohl Castro als auch Breschnjew *bestritten*, die Rebellen in El Salvador zu unterstützen. Am 26. Februar sagte Samjatin, Sprecher des sowjetischen Zentralkomitees: „Die Sowjetunion hat keine Waffen geliefert und wird keine Waffen nach El Salvador liefern.“ Ungeachtet des „Weißbuchs“ des State Department scheint das allem Anschein nach wahr zu sein. Wir würden uns zwar das Gegenteil wünschen, aber so ist die konterrevolutionäre Logik der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus. Während die USA auf Moskau zeigen und „Haltet den Dieb“ schreiben, stopfen sie natürlich wie verrückt El Salvador mit Dollars und Hubschraubern und Militärberatern voll. Castro seinerseits, der direkt vor den Gewehrläufen steht und Drohungen über Seeblockade und wer weiß was sonst noch alles zu hören bekommt, hat Washington gegenüber einen härteren Ton angeschlagen. Aber alle Berichte aus Mittelamerika stimmen überein, daß Kuba gemeinsam mit den europäischen Sozialdemokraten und lateinamerikanischen Liberalen die salvadorianischen Linken drängt, eine „politische Einigung“ mit Teilen der Mörderjunta anzustreben. Das würde nur bedeuten, daß der Zyklus von Coups von vorne beginnt.

Unsere Parole: „Die Verteidigung von Kuba und der UdSSR beginnt in El Salvador“ soll die Tatsache hervorheben, daß Reagan hier sein Kalte-Kriegs-Dominospiel betreibt. Wenn er in El Salvador Erfolg hat, wird der

nächste Schritt Managua sein, dann Havanna usw. Es ist ein Kampf im Weltmaßstab. Und wie General Haig immer hervorhebt, der Ort, an dem Washington am liebsten Druck ausüben würde, ist der Vorhof Rußlands – Polen. Letztendlich sind die proletarischen Eigentumsformen, Errungenschaft der Oktoberrevolution Lenins und Trotzki, die Zielscheibe. Man kann ganz konkret sagen, wenn ihr euch Sorgen macht über die Bedrohung der kollektivierten Wirtschaft in Polen: laßt Reagan nur Mittelamerika unter seinen Stiefeln bekommen, und der imperialistische Druck in Zentraleuropa wird sich verstärken. Wie der einflußreiche Kolumnist und Reagan-Anhänger William Safire es ausdrückte, wollen die USA nicht nur die „Gewinnströhne der Kommunisten“ durchbrechen, sondern einen „weltweiten Umschwung“ bewirken.

Heute stehen wir als diejenigen da, die warnen: „die Amerikaner kommen, die Amerikaner kommen!“ Und sie bringen keine „Menschenrechte“ mit. Die Bastarde im Pentagon wollen Revanche für ihre Niederlage in Vietnam, und der Massenmord, den sie planen, wird Somoza im nachhinein wirklich wie einen „gemäßigt repressiven Autokraten“ wirken lassen – so nennt ihn der neue amerikanische UN-Botschafter. Safire stellt sich selbst die Frage, was „siegen“ bedeutet: „Bedeutet es, eine Militärjunta zu unterstützen, die die Opposition umbringt, aber durch ihre Repression noch mehr Opposition hervorbringt, die wieder umgebracht werden muß?“ Seine Antwort: „Wenn es nötig ist, ja.“ Erinnert ihr euch, was Rosa Luxemburg sagte, daß die Wahl Sozialismus oder Barbarei ist? Nun, hier ist die Barbarei in Person, Jahrgang 1981. Wenn man den Holocaust in Mittelamerika vermeiden will, wenn man den großen Knall über Berlin vermeiden will, dann muß man Reagans Banditen in Mittelamerika aufhalten. Denn Arbeiterrevolution in Amerikas „Hinterhof“ wird ganz bestimmt den Tag sehr viel näher bringen, an dem die sozialistische Zukunft für die Menschheit vor der Vordertür steht.

Nach Workers Vanguard Nr. 277, 27. März

Polen...

Fortsetzung von Seite 12

zirkel, die ihn gegen die harten Stalinisten unterstützt hatten. Als Edward Gierek nach dem Aufstand der Arbeiter an der Ostseeküste 1970 Gomulka ersetzte, glaubten viele seinen Versprechungen eines wirtschaftlichen Aufschwungs wie nie zuvor. Dann verpfändete er Polens Reichtum auf ruinöse Weise an die westlichen Bankiers und subventionierte ebenso ruinös die Privatbauern!

Als dann unter dem Druck der steigenden Preise und der Verknappung der Lebensmittel und anderer Konsumgüter im letzten Sommer den Arbeitern der Kragen platzte, betrachteten sie die mächtige katholische Kirche als die anerkannte Opposition zum diskreditierten kommunistischen Regime. Die *Internationale* wurde durch die nationale Hymne „Gott, der Polen hat verteidigt“ ersetzt und der neue Arbeiterführer Lech Walesa bezeichnete sich selbst bei jeder Gelegenheit als einen wahren Sohn der polnischen Kirche. Viele der „Dissidenten“, die auf einmal auf der Bildfläche erscheinen, sind offene Reaktionäre – virulent nationalistisch, antikommunistisch, antidemokratisch und sogar antisemitisch (trotz der Tatsache, daß fast keine Juden in Polen übriggeblieben sind). Das Aufkommen des klerikalen Nationalismus ist verbunden mit protestlichen Sympathien. Diese werden vor allem in den Forderungen nach „freien Gewerkschaften“ wie in den USA oder Westdeutschland ausgedrückt. Die polnischen Arbeiter täten gut daran, zunächst einmal einen Blick in die blutbesudelten amerikanischen Neokolonien zu werfen, bevor sie den Standpunkt von Radio Free Europe schlucken. Die Russen müßten ungefähr 150 000 Polen töten, um proportional die Zahl der Arbeiter und Bauern zu erreichen, die im letzten Jahr von Carters und Reagans Junta in El Salvador abgeschlachtet wurden. In Brasilien ist der populäre Gewerkschaftsführer „Lula“ zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden; der Anlaß war weit harmloser als die Drohung, ungefähr jeden Monat einen politischen Generalstreik zu führen. Sogar der Funktionär der amerikanischen Autoarbeitergewerkschaft UAW, John Christensen, der als Beobachter in Brasilien war, mußte feststellen:

„Es ist unglaublich für mich, wenn man Brasilien und Polen, ein kommunistisches Land, vergleicht, scheint es dort mehr Freiheit zu geben als hier. Walesa ist freier als Lula. Dort erklärte sich die Regierung zu einem Dialog mit ihm bereit, hier nicht.“ (*New York Times*, 3. April)

Ein Besuch einer Solidarność-Delegation in El Salvador oder Brasilien könnte sie eine Menge über die „freie Welt“ lehren – falls sie lebend wieder herauskämen.

Gerade angesichts des starken klerikal-nationalistischen Einflusses in den neuen Gewerkschaften, aus denen Solidarność entstand, haben wir immer wieder vor der Gefahr einer von Papst Wojtylas Kirche geführten kapitalistischen Konterrevolution gewarnt. Gleichzeitig erkannten wir an, daß die Entstehung einer mächtigen Arbeiterbewegung, die die Grundlagen der stalinistischen bürokratischen Herrschaft angreift, auch den Weg für eine proletarische politische Revolution öffnen könnte. Daher haben wir mit aller Schärfe betont, daß die strategische Schlüsselaufgabe einer trotzkistischen Avantgarde in Polen die *Abspaltung* der Masse der Arbeiter von den reaktionären Kräften wäre. Dies bedeutet, für eine Reihe von programmierten

Forderungen zu kämpfen. Um nur die wichtigsten zu nennen: völlige Trennung von Kirche und Staat, Verteidigung des kollektivierten Eigentums, Verteidigung des Sowjetblocks der degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus. Eine trotzkistische Avantgardepartei würde versuchen, die Arbeiterbewegung zu polarisieren und diejenigen anzuziehen, die nach einer wirklichen sozialistischen Lösung suchen und den Vatikan und die westlichen Kapitalisten hassen.

Gärung in Solidarność, Polarisierung in der KP

In der letzten Zeit konnte man die Anfänge einer inneren politischen Differenzierung bei Solidarność und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) beobachten. Zum ersten Mal wenden sich Kräfte gegen das bürokratische Regime nicht im Namen des Adlers und des Kreuzes, sondern fordern eine „sozialistische Erneuerung“ und sogar die Rückkehr zu den Prinzipien des „Marxismus-Leninismus“. Und die *New York Times* (12. April) blickt voraus: „Eine sowjetische Militärintervention einmal ausgenommen, könnte möglicherweise die nächste Phase der Arbeiterrevolution in Polen nicht ein Kampf gegen die kommunistische Partei sein, sondern ein Kampf innerhalb der Partei.“ Umso dringlicher ist die Kristallisierung eines trotzkistischen Propagandakerns in Polen. Nur er kann einen *Ausweg* bieten aus den verzweifelten und schier endlosen Krisen, die Polen heute zerrütten.

Die politische Landschaft hat sich seit dem in Gdansk konzentrierten Generalstreik im letzten Sommer erheblich verändert. Walesa wird innerhalb Solidarność von verschiedenen Seiten unter Beschuß genommen. In der Zwischenzeit sind mehr als eine Million Arbeiter-Mitglieder der PVAP in Solidarność eingetreten. Deren sozialistischen Überzeugungen (wie sehr sie auch durch die stalinistische Ideologie deformiert sein mögen), müssen in Widerspruch geraten mit den reaktionären Ansichten von Walesa & Co. Andererseits geht die kirchliche Hierarchie aus Furcht vor einer sowjetischen Intervention auf Distanz. Wenige Tage vor dem von Solidarność angesetzten Generalstreik Ende März gab Kardinal Wyszynski gemeinsam mit Ministerpräsident Wojciech Jaruzelski eine Erklärung heraus, in der mit aller Schärfe betont wurde, daß „Streiks mit extrem hohen Kosten für die geschwächte Wirtschaft eliminiert werden können“ (*Daily World*, 28. März).

Am auffallendsten ist die Wirkung, die die Kämpfe der Arbeiter auf den stalinistischen Apparat der PVAP gehabt haben. Das Ende März stattgefundenen Treffen des Zentralkomitees verwandelte sich in einen heftigen politischen Streit. „Wir müssen anerkennen, daß Solidarność vor allem die Arbeiterklasse selber ist“, erklärte der Parteisekretär der Hafenstadt Szczecin. Nur die Furcht vor der Reaktion des Kremls verhinderte, daß Vertreter der harten Linie wie Stefan Olszowski auf diesem Treffen aus dem Politbüro hinausgeworfen wurden. Auf einer nationalen Konferenz von dissidenten Gruppen aus der Partei, die kürzlich in Torun tagte, wurde volle und ausreichende Information, geheime Wahlen und freie Kandidatenaufstellung gefordert. Ein Delegierter drückte seinen Unmut aus: „Die Behörden sollten die Veränderungen, die in unserem Land vor sich gehen, nicht als das Werk von antisozialistischen Kräften darstellen, sondern als die Selbsterneuerung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus“ (*New York Times*, 16. April).

Die PVAP-Dissidenten bewegen sich jedoch alles in allem gesehen *nicht* in Richtung auf die Wiederentdeckung des authentischen Leninismus. Sie tendieren eher zu einem liberalen Stalinismus, einem „Sozialismus mit einem menschlichen Gesicht“, wie es der Reformstalinist Dubček während des Prager Frühlings 1968 nannte, und sie versuchen bei den heutigen Führern von Solidarność auf offene Ohren zu stoßen. Darüber hinaus werden Aussprüche von ihnen zitiert, in denen sich antirussische Vorurteile und Meinungen zeigen, wie sie heute in Polen gang und gäbe sind. Ein Delegierter bemerkte auf der Konferenz in Torun: „Unsere sowjetischen Freunde haben eine Geschichte, die sie an den Absolutismus als Regierungsform gewöhnt hat. Aber die Geschichte unserer Na-



1945: In Krakow einmarschierende sowjetische Truppen werden von der polnischen Bevölkerung als Befreier begrüßt

tion ist eng verbunden mit der Demokratie.“ Und was ist mit dem Nationalhelden und faschistoiden Diktator Pilsudski, einem ehemals rechten Sozialdemokraten, der 1920 den polnischen Kapitalismus gegen die Rote Armee verteidigte? Trotzki wies darauf hin, daß die stalinistische Bürokratie selber einen faschistischen Flügel hervorbringen könnte – er sprach von der „Butenko-Fraktion“ –, im heutigen Polen wäre ein solcher mit virulentem antirussischem Nationalismus durchsetzt.

Während die Liberalen in der PVAP von der „sozialistischen Erneuerung“ in Polen reden, warnt der Kreml vor einer „schleichenden Konterrevolution“. Den sowjetischen Stalinisten fällt es nicht im Traum ein, die wirkliche Basis für die Konterrevolution anzugreifen, nämlich den mächtigen katholischen Klerus. Stattdessen schießen sie mit Kanonen nach Spatzen, nämlich relativ kleinen Dissidentengruppen, darunter vor allem Jacek Kurons Komitee für soziale Selbstverteidigung (KOR) und die Konföderation für ein unabhängiges Polen (KPN) von Leszek Moczulski. Die Lohnschreiber des Kremls würden natürlich jede politische Opposition, einschließlich und besonders eine trotzkistische, als „konterrevolutionär“ oder sogar „faschistisch“ denunzieren. Aber ungeachtet der stalinistischen Hetze sind KOR und KPN, jede auf ihre Weise, Feinde des Sozialismus.

Die KPN ist offen klerikal-nationalistisch und antisozialistisch. Das trifft auf Kuron KOR jedoch nicht zu. Im Westen wird Kuron allgemein als so etwas wie ein linker Radikaler betrachtet, ja sogar als „Marxist“ – eine Reflektion seiner Haltung in den sechziger Jahren. Wir haben seinen pseudotrotzkistischen Hochjubeln mehrmals unter die Nase gerieben, daß er seitdem weit nach rechts gegangen ist. Tamara Deutscher bestätigt das in einem wichtigen Artikel, der kürzlich in der *New Left Review* („Poland – Hopes and Fears“, Januar/Februar 1981) erschienen ist. Sie erinnert daran, daß Kuron und sein Genosse, als sie 1964 zu Gefängnis verurteilt wurden, „im Gerichtssaal trotz der Internationale sangen. Solch eine Geste von ihm wäre heute undenkbar. Er hat sich zur Sozialdemokratie, der Kirche und einer nationalistischen Position hinentwickelt.“

Das Wichtigste: eine revolutionäre internationalistische Partei

Ob Moskau nun in der nahen Zukunft militärisch interveniert oder nicht, die Krise in Polen steuert rapide auf eine Explosion zu. Das Wirtschaftschaos nimmt katastrophale Ausmaße an. Die Lebensmittelvorräte schrumpfen rapide. Die für die Devisen notwendigen Exporte sind seit dem letzten Jahr um 25 Prozent gesunken, die Kohlenexporte um 50 Prozent gefallen. Politisch gesehen ist die Situation anarchisch. Unter den polnischen Arbeitern muß es ein brennendes Bedürfnis geben, die Kontrolle über die Gesellschaft und die Wirtschaft in die Hand zu nehmen und sie in ihrem Interesse zu führen. Die stalinistischen Führer versuchen die Massen zu beschwichtigen und schwätzen davon, dem Sejm – als Parlament das nominell höchste Staatsorgan – mehr Macht zu gewähren.

In Polen fände heute die klassische bol-

schewistische Losung *Alle Macht den Sowjets* – den demokratisch gewählten Arbeiterräten – breiten Anklang. Eine revolutionäre Avantgarde könnte fordern, daß die angebliche Macht des Sejm einem Kongreß der Sowjets wie damals in der Oktoberrevolution übertragen werden sollte. Aber Sowjets an sich garantieren noch nicht die sozialistische Ausrichtung einer Gesellschaft. Besonders unter den jetzigen politischen Verhältnissen könnten sie unter den Einfluß reaktionärer nationalistischer Kräfte geraten, die imperialistische Unterstützung gegen die UdSSR suchen. Das entscheidende Element ist eine authentisch revolutionäre Arbeiterpartei, die in der Lage ist, die sozialistischen Impulse innerhalb der Arbeiterklasse um ein marxistisches *internationalistisches* Programm zu organisieren.

Eine kommunistische Avantgarde muß militant *anti-nationalistisch* sein. Sie würde sich auf die Traditionen der vor dem Ersten Weltkrieg bestehenden sozialistischen Partei Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches beziehen. Im Gegensatz zu Pilsudskis chauvinistischer Polnischen Sozialistischen Partei nannten sie ihre Organisation die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (SDKPiL). Ihrer Ansicht nach war die sozialistische Umwandlung Polens untrennbar mit der proletarischen Revolution in Rußland verbunden.

Einer der Führer von Jogiches' und Luxemburgs SDKPiL war Feliks Dzierzynski, der später nach der Oktoberrevolution als Leiter der Tscheka, der Polizei des frühen Sowjetstaats, eine hervorragende Rolle spielte. Dzierzynski, dessen polnischer Akzent im Russischen immer dann stärker wurde, wenn er erregt war, wurde für diesen heikelsten Posten deshalb ausgesucht, weil er ein Revolutionär von herausragender moralischer Integrität war. Auf einer weit niedrigeren historischen Stufe stand Konstanti Rokossowski, der als junger polnischer Sozialist 1919 in die Rote Armee eintrat. Während der Stalinischen Säuberungen in den späten dreißiger Jahren saß er im Gefängnis, aber er tauchte wieder auf und wurde einer der berühmte-

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

– DM 25, – for 24 issues – AIRMAIL
– DM 8, – for 6 introductory issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTACIST

Ein Arbeiter-Polen, ja!
Papst Wojtylas Polen, nein!

SWP 1956 contra SWP 1960
„Reine Demokratie“ oder politische Revolution in Osteuropa...6
Afghanistan und die russische Frage:
Feuerprobe für die Linke...16

DM 2,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

sten sowjetischen Kommandeure des Zweiten Weltkriegs. Marschall Rokossowski war kein Revolutionär, sondern ein stalinistischer Offizier. Aber sein Verdienst bei der Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistischen Angriffe gereicht ihm zu Ehren – und er spielte eine Schlüsselrolle bei der Befreiung Polens von dem Alptraum der Nazi-Besetzung in den Jahren 1944 und 1945.

In seinem bekannten Essay „Die Tragödie des polnischen Kommunismus“ hob Isaac Deutscher als seine zentrale Schlußfolgerung hervor: „Wenn uns die Geschichte der Polnischen Kommunistischen Partei, aber auch die Geschichte Polens ganz allgemein, etwas lehrt, dann folgendes: es besteht ein *unauflösliches Band zwischen der polnischen und der russischen Revolution.*“ Heute ist es notwendig, die Tradition der revolutionären Einheit zwischen dem polnischen und russischem Proletariat wieder aufleben zu lassen. Sie muß gegen die stalinistischen Bürokratien gerichtet werden bei gleichzeitiger Verteidigung des kollektivierte Eigentums und der proletarischen Staatsmacht gegen die kapitalistisch-imperialistische Bedrohung.

Die Führung von Solidarność steht in direktem Gegensatz zu diesen Prinzipien. Walesa und seine Kollegen betrachten sich selbst als die Anführer der gesamten polnischen Nation gegen den russischen „Kommunismus“. Dies wird am stärksten durch ihre aktive Unterstützung für die Bauernorganisation Landsolidarität demonstriert. Der letzte, beinahe stattgefundene Generalstreik war



Der polnische Revolutionär Feliks Dzierzynski, Leiter der bolschewistischen Tscheke

hauptsächlich zugunsten der Bauernorganisation angekündigt worden. Landsolidarität drückt die Geschäftsinteressen von Polens zahlreichen landbesitzenden Bauern aus und strebt die vollständige Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse auf dem Land an. Ihre nichtökonomischen Forderungen sind unter anderem die Errichtung von mehr Kirchen, keine Einschränkung des Religionsunterrichts und die Abschaffung des obligatorischen Russischunterrichts. Kein Wunder, daß Papst Wojtyła höchstpersönlich Warschau aufforderte, Landsolidarität, eine mächtige Basis für eine kapitalistische Restauration, anzuerkennen. Die Tatsache, daß das stalinistische Regime diese Bauernorganisation vor einigen Wochen offiziell anerkannt hat und dabei seinen früheren Standpunkt rückgängig gemacht hat, stellt eine enorme Konzession an die Kräfte der Reaktion dar.

Die sozialistische Antwort auf Landsolidarität ist nicht die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Lande, denn dessen Situation ist katastrophal. Polens ineffiziente und überalterte Kleinbauernwirtschaften sind eine der Hauptbarrieren für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung. Die 10 Milliarden Dollar Subventionen für Agrarprodukte – die Differenz zwischen dem, was der Staat dem Bauern zahlt und was er von der städtischen Bevölkerung verlangt – sind der bei weitem größte Posten im Regierungsbudget, ein beträchtlicher Anteil des gesamten Nationaleinkommens. Russische und ukrainische Kollektivgüter versorgen Polen heute mit Lebensmitteln, obwohl der Verzehr, vor allem von Fleisch, in Warschau und Gdansk weitaus größer ist als in Moskau und Kiew. Eine sofortige zentrale Aufgabe für eine revolutionäre Sowjetregierung wäre die *Propagierung der Kollektivierung der Landwirtschaft.* Billige Kredite und großzügige Sozialleistun-

gen sollten denjenigen Bauern gegeben werden, die ihr Land und ihre Arbeitskraft zusammenlegen. Diejenigen, die landwirtschaftliche Kleinkapitalisten bleiben wollen, sollten höher besteuert und anderen Formen der *ökonomischen* Diskriminierung unterzogen werden.

Zusammen mit der rückständigen kleinbäuerlichen Landwirtschaft gehören die enormen Auslandsschulden zu den Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise in Polen. Während der siebziger Jahre versuchte das Gierek-Regime die Arbeiter und Bauern durch massive Kredite aus dem Westen für sich zu gewinnen. Seine Nachfolger haben diese ruinöse Politik noch beschleunigt. Polens westliche Schulden sind allein in den letzten sieben Monaten um ein Drittel gestiegen! Die Rückzahlung an die Bankiers in Frankfurt und Wall Street wird für die nächsten Jahre sämtliche Deviseneinnahmen aus dem Export verschlingen. (Und ein nicht geringer Anteil der sowjetischen Deviseneinnahmen wird direkt oder indirekt zur Bezahlung von Polens westlichen kapitalistischen Gläubigern verwendet.) Die Forderung nach der *Streichung der imperialistischen Schulden* ist zentral für das Zerbrechen des imperialistischen Würgegriffs an der polnischen Wirtschaft. Aber dies würde nur unter einem revolutionären Sowjetregime möglich sein, das die imperialistischen Vergeltungsmaßnahmen mit der Aufforderung an die Arbeiter in Westeuropa kontern würde, zu Genossen in einer internationalen sozialistischen Planwirtschaft der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu werden.

So wichtig Appelle an die Arbeiterklasse des kapitalistischen Westens für eine proletarisch politische Revolution in Polen sind, wichtiger noch ist die Perspektive auf solche eine Revolution in der Sowjetunion. Sollte der Krenl militärisch intervenieren, würde das Schicksal der polnischen Arbeiter zu einem großen Teil von ihrer Fähigkeit abhängen, sowjetische Wehrpflichtige – das heißt russische, ukrainische und zentralasiatische Arbeiter und Bauern in Uniform – auf ihre Seite zu ziehen. Antirussischer polnischer Nationalismus und besonders *gewaltsames Vorgehen gegen sowjetische Soldaten und Offiziere* würden die proletarische Sache sabotieren.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erkennen, daß die Illusionen über den „guten Willen“ und die Friedfertigkeit der westlichen kapitalistischen Mächte, die in Osteuropa und besonders Polen weitverbreitet sind, in der Sowjetunion nicht geteilt werden. Nach dem Verlust von 20 Millionen im Kampf gegen Nazi-Deutschland weiß das sowjetische Volk sehr genau, auf wen das Atombombenarsenal der NATO gerichtet ist. Dieses Verständnis wird durch Washingtons offene Androhung eines nuklearen Erstschlages nur noch erhöht. Das sowjetische Volk fürchtet zu Recht die Umwandlung von Osteuropa in feindliche, mit dem Imperialismus verbündete Staaten, was die NATO bis an die Grenze der UdSSR ausdehnen würde.

Diese berechtigte Furcht wird von den Krenlbürokraten dazu ausgenutzt, Volksunruhen und demokratische Bestrebungen, wie in der Tschechoslowakei 1968, zu zerschlagen. Aber die Situation in Polen unterscheidet sich erheblich von der während des „Prager Frühlings“. Der antirussische Nationalismus ist viel virulenter, während Washington und seine NATO-Verbündeten weitaus provokativer und ihre militärischen Drohungen weitaus schärfer sind. Aus diesen Gründen ist die Frage der Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen polnischen Krise von weit größerer Wichtigkeit. Die revolutionären polnischen Arbeiter werden nur dann bei den sowjetischen Soldaten Gehör finden, wenn sie ihnen versichern, daß sie die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen imperialistische Angriffe verteidigen werden.

Das polnische Proletariat wird sich erst dann von den Ketten der stalinistischen Unterdrückung befreien können, wenn es sich im Namen des sozialistischen Internationalismus an seine sowjetischen Klassenbrüder wendet. Mit dieser Perspektive könnte eine trotzkistische Avantgarde in Polen eine drohende Katastrophe in einen großen Sieg für den Weltsozialismus verwandeln.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 279, 24. April

Klassenkrieg...

Fortsetzung von Seite 5

guten Willen der westdeutschen Bourgeoisie. Wir wollen nicht abstreiten, daß die Stationierung von Pershing-II-Raketen die Möglichkeit des nuklearen Holocaust enorm verschärft. Diese extrem zielgenauen Waffen verstärken den imperialistischen Wahn, man könnte einen atomaren Erstschatz gegen die Sowjetunion führen – und überleben. Wir sind gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen wie gegen das gesamte atomare Mordarsenal. Aber nicht Appelle an die Bourgeoisie, Entspannungssillusionen und Friedensduselei können die Menschheit vor der nuklearen Katastrophe bewahren. Wer gegen den Krieg ist, muß kämpfen, um der Bourgeoisie die Staatsmacht zu entreißen. Mit Trotzki sagen wir:

„Abrüstung? – Aber die Frage ist hier, wer wen entwaffnen wird. Die einzige Abrüstung, die den Krieg abwenden oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter. Um aber die Bourgeoisie zu entwaffnen, müssen sich die Arbeiter selbst bewaffnen.“ (*Übergangsprogramm*, 1938)

Die Losung Lenins „Dreht die Gewehre um!“ ist auch im Zeitalter atomarer Kriege noch so richtig und notwendig wie der revolutionäre Klassenkampf.

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Er ist die Politik imperialistischer Konkurrenzkämpfe, begonnen mit protektionistischen Handelskriegen, die zum heißen Krieg führen. Der „friedliche“ Versuch des westdeutschen Kapitals, die Märkte der Sowjetunion und der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten zu durchdringen, z. B. durch die Handelsbeziehungen mit der DDR oder die Kredite an Polen, hat ebenfalls Grenzen. Seit 1917, seit der siegreichen Oktoberrevolution, trachtet der Imperialismus nach der Rückeroberung dieser Staaten für den kapitalistischen Weltmarkt. Die Mittelstreckenraketen sind gen Osten, gegen die Sowjetunion gerichtet! Es gibt nur einen Weg, den Krieg zu verhindern – nämlich die proletarische Revolution! Pazifismus entwaffnet die Arbeiterklasse, nicht die Bourgeoisie.

Statt, wie GIM, KB, DKP und Jusos es tun, an die eigene Bourgeoisie zu appellieren, „ohne Vorbedingung abzurüsten“, müssen wir die Arbeiterklasse für eine proletarische internationalistische Perspektive gewinnen. Gegen die pazifistische Losung: „BRD – raus aus der NATO!“; die ein sauberes Westdeutschland will, setzen wir: „Nieder mit der NATO! Verteidigt DDR und Sowjetunion gegen imperialistische Aggression!“; denn wir verschweigen nicht, welchem Zweck die NATO dienen soll.

Gegen den von allen maoistischen Vaterlandsverteidigern unterstützten Aufruf der Russell-Peace-Foundation wirkt der Krefelder Appell mit seinen Illusionen über die NATO fast links. Wo der Krefelder Appell in erster Linie gegen Cruise Missiles und Pershing II aufruft, ist der Russell-Aufruf antisowjetisch „ausgewogen“: für gleichzeitige Abrüstung in Ost und West, eine atomwaffenfreie Zone in Europa von Portugal bis Polen(!).

„Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen.“ (Initiative der Russell Peace Foundation, Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa)

Prominentester Vertreter der Russell-Initiative in Westdeutschland ist Rudolf Bahro. Auf der Sozialistischen Konferenz wie auf dem Westberliner Juso-Kongreß „Berlin am Tropf“ forderte er einen „deutschen Kapitalismus ohne Einfluß der USA“, „aber mit diesem Kanzler geht es nicht!“ Einen weiten Weg hat er zurückgelegt, dieser ehemalige DDR-Dissident, der einst von Ernest Mandel als „großherziger Revolutionär“ titulierte. Nur schlecht verhüllt die Russell-Initiative ihren antikomunistischen Charakter, wenn sie Pershing II und SS 20 auf eine Stufe

stellt und die Abrüstung der sowjetischen Raketen fordert, wobei sie die Bedrohung der bürokratisierten Arbeiterstaaten durch den Imperialismus ignoriert. Während die ehemaligen Maoisten vom Schlage der aufgelösten KPD mit vollem Herzen die „Supermächte“, das heißt natürlich bei ihnen vor allem die „Hauptsupermacht“ Sowjetunion, bekämpfen wollen, verteidigen wir das Recht der Warschauer-Pakt-Staaten auf Selbstverteidigung, einschließlich der sowjetischen SS 20. Wäre die Sowjetunion nicht im Besitz eines nuklearen Verteidigungspotentials, hätte der US-Imperialismus sie längst dem Erdboden gleichgemacht. Aber die Bürokratie untergräbt selbst die Verteidigung der Arbeiterstaaten durch ihre Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus. Nur die Ausweitung der proletarischen Revolution auf die imperialistischen Hauptmächte, verbunden mit der politischen proletarischen Revolution gegen die stalinistischen Bürokratien, kann letztlich die sozialen Errungenschaften in den Arbeiterstaaten wirksam verteidigen.

MG-„Verweigerung“: die modernste Form des Pazifismus

Mit ihrer Parole „Friedensliebe – die modernste Form des Nationalismus“ ist die kleinbürgerliche Marxistische Gruppe penetrant und häufig lautstark gegen den neuen Pazifismus aufgetreten. Die Sozialistische Konferenz wurde durch die Sprechchöre ihrer Anhänger – „deutsche Konferenz“ – gesprengt, nachdem Rudolf Bahros nationalistic Gattungsunwesen ekelhafte Tiefen erreichte. Doch die Taktik der MG ist ebenso hilflos wie ihr Programm: die Konferenz brachten sie zum Platzen, aber den verbliebenen Teilnehmern hatten sie nichts anzubieten. Sie haben weder Programm, noch eine Perspektive der proletarischen Machtergreifung, mit der sie auf revolutionäre Weise in die Friedensbewegung intervenieren könnten.

Die MG, sowohl ein Produkt der „Neuen Linken“ wie eine Reaktion auf deren fortschreitende Degeneration, hat für ihre Mitglieder nur die große „Verweigerung“ anzubieten: „Wann kommt eigentlich einmal jemand, der keinen Krieg haben will, auf die Idee, daß nur die VERWEIGERUNG solcher Dienste die Herren Friedenspolitiker daran hindern kann, die Vorkriegszeit zum erfolgreichen Abschluß zu bringen?“ (*MSZ aktuell*, ohne Datum). Darin erschöpft sich die Weisheit dieser „Marxisten“. Aber der Pazifist Bertrand Russell verweigerte sich dem Kriegsdienst schon vor einem Menschenalter – von der Verweigerung Lysistratas nicht zu reden. Friedrich Engels dagegen studierte das Kriegshandwerk von Grund auf und wußte es auch anzuwenden. Die MG-„Verweigerung“ ist nur Pazifismus mit ein paar antinationalistischen Floskeln, die gar nicht so neu sind und, von dieser nationalbornierten Organisation kommend, reichlich hohl klingen.

„Klassenkrieg gegen imperialistischen Krieg“ ist die Losung von jenen, die wissen, daß nur die Zerschlagung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie den Weg zu einer sozialistischen Zukunft – einer Zukunft ohne Krieg – eröffnen kann. Dieser Weg ist der Weg des proletarischen Internationalismus, der Weg der Verbrüderung der Proletarier aller Länder. Dieser Weg ist auch der Weg der Weltpartei des Proletariats in der Tradition von Marx, Lenin und Trotzki: der wiederzuschaffenden Vierten Internationale. „Sozialismus oder Barbarei“ ist die Alternative, und nur die revolutionäre proletarische Partei kann den Weg vorwärts bahnen! ■

ABONNIERT!

SPARTAKIST

herausgegeben von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion
der internationalen Spartacist Tendenz

Jahresabonnement DM 8,50
Überschreibung (Luftpost) DM 10, –
einschließlich SPARTACIST, theoretisches
Organ der internationalen Spartacist
Tendenz (deutsche Ausgabe)

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postcheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde)

SPARTAKIST

US-Imperialisten provozieren Sowjetunion

Wohin geht Polen?

Für proletarische politische Revolution!

Die Situation in Polen gerät aus den Fugen. Die Gewerkschaftsbewegung Solidarność ist in sich zerstritten, die Kommunistische Partei (PVAP) ist in einem chaotischen Zustand, die Wirtschaft liegt am Boden. Der US-Imperialismus versucht mit allen Mitteln, eine sowjetische Intervention zu provozieren. Reagan und Haig rechnen mit Polen als einer wichtigen Schachfigur in ihrer mit Volldampf betriebenen Kalten-Kriegs-Hetze gegen die Sowjetunion. Ihr endgültiges Ziel ist die Zerschlagung der noch vorhandenen Errungenschaften der Oktoberrevolution, der Hauptbastion proletarischer Staatsmacht. Revolutionäre und alle klassenbewußten Arbeiter müssen diese imperialistische Provokation bekämpfen und die Staaten des Sowjetblocks bedingungslos gegen konterrevolutionäre Attacken verteidigen.

Washington legt seinen westeuropäischen „Verbündeten“ die Daumenschrauben an, an dem antisowjetischen NATO-Doppelbeschluß mit den auf den „russischen Aggressor in Polen“ gerichteten Atomraketen eisern festzuhalten. General Haig versucht die NATO-Regierungen auf Linie zu bringen, die ökonomischen und diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR abzubreaken. Der amerikanische Kriegsminister Weinberger droht mit furchterregenden Vergeltungsmaßnahmen im Falle einer sowjetischen Intervention. Er zückt sogar die gefährliche „chinesische Karte“ der USA und droht, Peking aufzurüsten – wahrscheinlich mit Atomwaffen, die sowjetische Städte erreichen können. Und die Chinesen sind nicht nur einverstanden, sondern Feuer und Flamme, sie wollen nicht nur Atomraketen besitzen, sie wollen sie *benutzen!*

Seit der Zeit des Zweiten Weltkriegs hat die amerikanische Bourgeoisie immer wieder versucht, sich einzureden, daß sie die Sowjetunion nuklear zerstören und selbst dabei überleben könnte! Dieses Ziel wird nun offen von der Reagan-Administration vertreten. Richard Pipes, der Rußlandexperte des Weißen Hauses, erklärt, daß die Sowjets vor der Wahl stünden, „ihr kommunistisches System dem Westen anzunähern oder in den Krieg zu gehen“. Reagan und Haig glauben, daß eine sowjetische Intervention in Polen alle Hindernisse bei ihren Vorbereitungen für solch einen Krieg aus dem Weg räumen könnte.

Selbst wenn der Krenl nicht intervenieren sollte, haben die USA durch ihre endlosen Tiraden über die „Invasion durch Osmose“, „unbegrenzte Ausdehnung der Kriegsmanöver des Warschauer Pakts“ usw. Polen schon längst zum Brennpunkt des Kalten Krieges gemacht. Die USA „scheinen mit einer ganzen Nation eine Art Spiel zu treiben“ ereiferte sich ein Pole aufgebracht über die andauernden Alarmmeldungen aus Washington (*New York Times*, 6. April). Reagan und Haig haben allerdings keinen Zweifel daran gelassen, daß sie eine großangelegte russische Intervention *wünschen*, und sie bemühen sich nach Kräften, den Anstoß dazu zu geben. Sie wollen polnische Arbeiter dazu bringen, unter dem polnischen Adler und dem Kreuz Jesu Molotow-Cocktails gegen



Panzer des Warschauer Pakts in Polen

sowjetische Panzer zu schleudern. Sie wollen ein Blutbad in Polen provozieren, so daß sie die „russische Aggression“ als ihren Schlachtruf benutzen können, um an allen Fronten ihren Feldzug in Richtung Dritten Weltkrieg voranzutreiben.

Die imperialistischen Politiker und die bürgerliche Presse sprechen alle von einer sowjetischen „Invasion in Polen“. Tatsächlich aber jagte die Rote Armee 1944/45 die Nazi-Wehrmacht aus Polen heraus und befreite das Land. Seitdem steht die Rote Armee in Polen und heute bewachen zwei russische Divisionen die lebenswichtigen Verbindungslinien zur DDR und zur NATO-Front. Die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen bedeutet, den Austritt Warschaus aus dem Warschauer Pakt zu fordern; das wäre nichts anderes, als für die einseitige Entwallung des Sowjetblocks einzutreten. Nicht eine Invasion steht zur Debatte, sondern eine russische Militärintervention in das zivile Leben und den Klassenkampf in Polen, der in neun stürmischen Monaten wichtige Entwicklungen durchgemacht hat.

Die massive Streikwelle in den Ostseehäfen im letzten August demonstrierte in dramatischer Weise den Bankrott der stalinistischen Herrschaft und stellte die polnischen Arbeiter vor eine historische Wahl: entweder den Weg der blutigen Konterrevolution im Bund mit dem Imperialismus oder den Weg der proletarisch-politischen Revolution zu gehen. Angesichts des klerikal-nationalistischen Einflusses in Solidarność und des Entstehens einer Massenorganisation der

Privatbauern bleibt die Gefahr der Konterrevolution nach wie vor groß. Aber auf der anderen Seite hat ein Prozeß politischer Differenzierung eingesetzt. Vor allem ist Solidarność zu einer Klammer für die gesamte polnische Arbeiterklasse, mit allen ihren Spannungen und Widersprüchen, geworden. Eine Million PVAP-Mitglieder sind in die neuen Gewerkschaften eingetreten, was der Partei erhebliche Kopfschmerzen bereitet – die „Falken“ isoliert, die Führung geschwächt, die Basis in Aufruhr. Währenddessen ist die Kirche zu Walsesa & Co. auf Distanz gegangen; sie ist bestrebt, sich selbst im Falle einer möglichen russischen Militärintervention als stabiler Pol der Konterrevolution über Wasser zu halten.

Daß sich die verschiedenen politischen Kräfte in Bewegung befinden, signalisiert aber keineswegs eine fundamentale Änderung des Kräfteverhältnisses, das vom revolutionären Standpunkt aus immer noch deutlich ungünstig ist. Aber wenn sich eine echte leninistisch-trotzkistische Opposition kristallisieren würde, könnte sie sehr schnell wachsen und einen enormen polarisierenden Einfluß ausüben. Sollte es der imperialistischen Provokation gelingen, den Krenl dazu anzustacheln, zur Wiederherstellung der bürokratischen Herrschaft in Polen loszuschlagen, würde das bestenfalls für diese politische Differenzierung den Stillstand bedeuten, die die Voraussetzung ist für die einzige progressive Lösung in Polen: politische Revolution der Arbeiterklasse. Aus diesem Grund müssen wirkliche proletarische Internationalisten erbittert gegen eine russische Militärinter-

vention protestieren, sie wäre eine *Niederlage* für die Sache des Sozialismus.

Aber weit schlimmer wäre ein gewaltsamer polnischer Widerstand, der ein Blutbad hervorrufen könnte. Dies wäre eine historische Katastrophe. Eine „kalte“ Unterdrückung würde nur die Abrechnung der polnischen Arbeiter mit ihren stalinistischen Herrschern vertagen. Falls an jeder Straßenecke ein sowjetischer Panzer stehen sollte und die polnische Bevölkerung deckt sie im Vorbeigehen mit Flüchen ein, was hat sich dann grundlegend geändert? Aber sollte es einen gewaltsamen Widerstand geben, würde die sich daraus ergebende Unterdrückung die polnische Arbeiterklasse politisch niederschmettern und eine Explosion des antirussischen Nationalismus hervorrufen, den man erst nach Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten überwinden könnte. Sie würde die Kriegshetze des Imperialismus zur Weißglut bringen, weshalb ja Reagan und Haig auf solch ein Blutbad drängen. *Proletarische Revolutionäre müssen deshalb mit allem Nachdruck gegen jeglichen gewaltsamen Widerstand eintreten, sei es Massenaktion oder individueller Terror, der sich gegen solch eine sowjetische Militärintervention in Polen richten würde.*

Die gegenwärtige Situation in Polen ist das Ergebnis jahrzehntelanger Kapitulation der stalinistischen Bürokraten vor kapitalistischen Kräften. Für Revolutionäre schreit sie geradezu nach einer trotzkistischen Führung in der UdSSR, die mit der polnischen Krise kurzen Prozeß machen würde. Nur eine politische Revolution im gesamten stalinistisch geführten Osteuropa kann den Weg zum Sozialismus öffnen. Das erfordert internationalistische trotzkistische Parteien, die der sowjetischen Arbeiterklasse die Hand entgegenstrecken, indem sie die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigen.

Stalinismus schürt klerikal-nationalistische Reaktion

Die sowjetischen Streitkräfte, die 1944 in die von den Deutschen besetzten Gebiete Polens einmarschierten, wurden sowohl aus sozialen als auch nationalen Gründen als Befreier begrüßt. Die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Großkapitalisten Mitte und Ende der vierziger Jahre wurde allgemein begrüßt und unterstützt. Drei Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Herrschaft haben jedoch breite Teile der Bevölkerung und einen erheblichen Anteil der Industriearbeiter gegen das ihrer Ansicht nach „von den Russen aufgezwungene kommunistische System“ aufgebracht. Diese Abneigung ist nicht einfach nur eine Reaktion auf die Unterdrückung demokratischer Rechte und die ungeheuerlichen Privilegien und die Korruption der „sozialistischen“ Bürokratenkaste. Die gegenwärtige polnische Krise und dabei besonders das gefährliche Wachstum einer klerikal-nationalistischen Gesinnung hat ihren Ursprung in dem Versagen und den gebrochenen Versprechungen des *Reform-Stalinismus*.

Als Wladyslaw Gomulka 1956 an die Macht kam und die Notwendigkeit breiter Arbeiterdemokratie verkündete, genoß er eine enorme Autorität innerhalb der Bevölkerung. Kurz darauf machte er eine Kehrtwendung um 180 Grad und unterdrückte die Arbeiterräte und dissidenten Intellektuellen

Fortgesetzt auf Seite 10